



Landtag von Baden-Württemberg

35. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 31. Mai 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 11:37 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1911	papolitische Themen – Drucksachen 16/1958, 16/1987	1922
Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ . .	1911	Abg. Sylvia Felder CDU	1922
1. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Evaluierung der Polizei-strukturreform (EvaPol) – Drucksache 16/1593 . .	1911	Abg. Josef Frey GRÜNE	1923
Abg. Sascha Binder SPD	1911, 1918	Abg. Dr. Heiner Merz AfD	1924
Abg. Petra Häffner GRÜNE	1912, 1918	Abg. Peter Hofelich SPD	1925
Abg. Siegfried Lorek CDU	1913, 1918	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP	1926
Abg. Lars Patrick Berg AfD	1914	Minister Guido Wolf	1927
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	1915	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1930
Minister Thomas Strobl	1916	Beschluss	1930
Beschluss	1919	4. Antrag der Fraktion der SPD – Die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen – Drucksache 16/890	1930
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Blindenhilfegesetzes und zur Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung – Drucksache 16/2036 . .	1919	Abg. Daniel Born SPD	1930, 1938
Minister Manfred Lucha	1919	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	1932
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	1920	Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU	1933
Abg. Ulli Hockenberger CDU	1920	Abg. Carola Wolle AfD	1934
Abg. Dr. Christina Baum AfD	1921	Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	1935
Abg. Sabine Wölfle SPD	1921	Minister Manfred Lucha	1937
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1922	Abg. Claudia Martin (fraktionslos)	1937
Beschluss	1922	Beschluss	1938
3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 25. April 2017 – Bericht über aktuelle euro-		Nächste Sitzung	1938
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“	1939

Protokoll

über die 35. Sitzung vom 31. Mai 2017

Beginn: 9:00 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Nebengespräche einzustellen oder nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern, damit wir beginnen können.

(Unruhe)

Guten Morgen nochmals! Ich eröffne die 35. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind – –

(Anhaltende Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, die Nebengespräche einzustellen.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Boser, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Kopp, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Palka sowie Herr Abg. Schoch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Staatsrätin Erler und Herr Staatsminister Murawski sowie bis 10 Uhr Herr Minister Hermann und bis 10:30 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 19. Mai 2017 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation –, Drucksache 16/2110. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Evaluierung der Polizeistrukturereform (EvaPol) – Drucksache 16/1593

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion, also der SPD, eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Binder das Wort erteilen.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Stehende Reformen schaffen viel Unruhe.“ Mit diesen Worten haben Sie, Herr Ministerpräsident, den weiteren Zeitplan zum Umgang mit den Empfehlungen von EvaPol begründet. Dieser Zeitplan sah vor, dass vor Pfingsten Eckpunkte im Kabinett beschlossen werden sollen – so berichteten übereinstimmend am 5. April die „Stuttgarter Nachrichten“, die „Schwäbische Zeitung“, der „Südkurier“ und die dpa.

Wie Sie alle wissen, befinden wir uns nun kurz vor Pfingsten. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, nicht noch kurzfristig eine Sondersitzung des Kabinetts einberufen, dann stellen wir fest, dass Sie, Herr Innenminister, den Zeitplan, den die Landesregierung kommuniziert hat, auf den sich die Polizei, das Parlament und die Öffentlichkeit verlassen haben, nicht eingehalten haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dies sorgt nicht nur für weitere Unruhe in der Polizei, sondern es drängt sich der Eindruck auf, dass Ihnen, Herr Innenminister, dieser Prozess zunehmend zu entgleiten droht.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Sie können den Zeitplan deshalb nicht einhalten, weil Sie den Kostenberechnungen Ihres eigenen Landespolizeipräsidenten und damit Ihrer eigenen Abteilung im Ministerium nicht trauen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Das wäre jetzt interessant! – Weitere Zurufe)

Denn Sie, Herr Innenminister, wissen genau – auch Sie, Kollege Schwarz, wissen das; auch Ihnen werden die jetzt veröffentlichten Vermerke bekannt sein; irgendwie müssen sie ja an die Öffentlichkeit gedrungen sein –, dass bei Investitionskosten von 140 Millionen € und dauerhaften jährlichen Kosten von 19 Millionen € – alles Zahlen aus dem Innenministerium – eine rein politisch motivierte Erhöhung der Anzahl der Präsidien um zwei wohl schwerlich durchzudrücken ist. Wohl gemerkt: Das verstößt auch gegen die Auffassung des Landespolizeipräsidiums und gegen die Auffassung der Polizeichefunde. Auch das hat unsere Große Anfrage gezeigt.

Es darf nicht sein, dass ein Innenminister nur politisch motiviertes Kirchturmdenken von CDU-Abgeordneten im Kopf hat

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau, Herr Blenke!)

und die Expertise des eigenen Ministeriums hintenanstellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Sascha Binder)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP)

Die Polizei droht zum politischen Spielball der grün-schwarzen Landesregierung zu werden und muss darüber hinaus – –

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Herr Kollege Schwarz,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da kann ich nur den Kopf schütteln, Herr Kollege!)

es muss ja einen Grund geben, wieso Leute in dieser Landesregierung ein Interesse hatten, das, was wir letzte Woche in den „Stuttgarter Nachrichten“ lesen konnten, an die Öffentlichkeit zu geben. Das nenne ich Spielball. Solche Dinge macht man nicht öffentlich. Solche Dinge sollen dann nach außen treten, wenn man sich geeinigt hat. Sie machen sie zum Spielball und nicht wir, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!)

Das ist aber nicht alles. Darüber hinaus muss die Polizei nun begründete Zweifel an der Ernsthaftigkeit des breit angelegten Beteiligungsprozesses haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

Sie, Herr Innenminister Strobl, sagten in der Debatte am 6. April an dieser Stelle, dass Sie EvaPol zwei Vorgaben mit auf den Weg gegeben haben. Ich zitiere:

Die zweite war, dass es keine politischen Vorgaben gibt – mit der einzigen Ausnahme, dass ich darum gebeten habe: Legt euer Ohr an die polizeiliche Basis.

Und nun das: Letzte Woche wurde das bekannt, was man in der Polizei hinter vorgehaltener Hand schon länger vermutete, nämlich dass bereits im September und damit noch vor Einsetzung der Evaluierungsgruppe u. a. ein neues Polizeipräsidium Nordschwarzwald und ein neues Polizeipräsidium Oberschwaben als Ergebnisse feststanden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völliger Unsinn!)

In einem Artikel der „Stuttgarter Nachrichten“ vom 23. Mai 2017 wird auf einen Vermerk Bezug genommen, in dem die Rede von – ich zitiere – „gefundenen Ergebnissen“ ist – Stichwort Polizeipräsidium Nordschwarzwald, Polizeipräsidium Oberschwaben. Dies müsse – ich zitiere weiter – „gegenüber dem LPP auch unmissverständlich kommuniziert“ werden.

Herr Innenminister, Sie haben hier im Parlament behauptet – ich zitiere noch einmal –, „dass es keine politischen Vorgaben gibt“. Darauf hat die Polizei und haben auch wir vertraut. Nach allem, was wir jetzt wissen, können wir Ihnen diesen Satz nur schwerlich weiterhin glauben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ehrlich gesagt, Herr Innenminister, habe ich dies selbst nicht für möglich gehalten, auch wenn mich in den letzten Wochen

aus der Polizei solche Meinungen erreicht haben. Den Verdacht, dass diese vorgegebenen Ergebnisse bereits feststanden, habe ich zurückgewiesen und gesagt: Solche Gedanken verbieten sich allein schon aus Respekt vor den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in Arbeitsgruppen in den vergangenen Monaten viel Arbeit hatten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Ein Beteiligungsprozess kann so breit angelegt werden, wie er will; wenn die Ergebnisse in Teilen schon vorher feststehen, verliert er seine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie war das 2012? Wie war es damals?)

Die Zeit der Spekulationen und der Gerüchte muss ein Ende haben. Der Kampf gegen den Terror, der Schutz vor Einbrechern, die Gewährleistung von Sicherheit bei Fußballspielen und Demonstrationen – die Polizei hat so viele Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen. Diese sollten nicht durch die Ungewissheit und Unruhe – da gebe ich dem Ministerpräsidenten vollumfänglich recht – zusätzlich erschwert werden. Die Polizei muss wissen, was auf sie zukommt, um in Ruhe für die Sicherheit in unserem Land zu sorgen.

Gleicher Meinung ist im Übrigen der Vorsitzende der DPoIG, der im „Schwarzwälder Boten“ am 26. Mai 2017 forderte, „zügig zu entscheiden und Kollegen in den Revieren nicht weiter vor eine ungewisse Zukunft zu stellen“.

Herr Minister, wir appellieren an Sie im Interesse der Polizei und der Sicherheit in unserem Land: Machen Sie sich frei von politischen Manövern einzelner Abgeordneter Ihrer Fraktion. Vertrauen Sie der Fachkompetenz Ihres Polizeipräsidenten. Und legen Sie offen, bis wann Eckpunkte für das Kabinett vorgelegt werden, bis wann ein Gesetzentwurf vorgelegt wird und wann im Fall von Zuschnittsveränderungen ein Interessenbekundungsverfahren beginnt. Das sind Sie unserer Polizei schuldig.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Emil Sänze AfD und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! 13 terroristische Anschläge haben innerhalb der letzten zwei Jahre Europa erschüttert: Paris, London, Nizza, Berlin, Manchester. Ein Ende dieser neuen Form von Gewalt und der Terrorgefahr ist nicht in Sicht; im Gegenteil.

Gestern hatte die grüne Fraktion Polizei und LKA zu einem Informationsgespräch im Rahmen der Neufassung des Polizeigesetzes eingeladen. Verbrecher, Terroristen planen ihre mörderischen Attentate hoch professionell, sie sind international vernetzt, technisch auf dem neuesten Stand, unberechenbar und richten mit blindem Zerstörungswillen größtmögliche Schäden an, um unsere westliche Demokratie und Lebens-

(Petra Häffner)

form zu treffen. An dieser Erkenntnis kommen wir nicht vorbei.

Was heißt das? Wir müssen unsere Polizei so aufstellen, dass sie auf allen Ebenen technisch und personell auf diese Herausforderungen vorbereitet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Daniel Rottmann AfD – Zuruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Dies ist für mich und unsere grüne Fraktion der Hintergrund, vor dem wir die Ergebnisse von EvaPol diskutieren und abwägen müssen. Die Frage ist letztlich nicht: Wo steht welches Präsidium? Sie lautet vielmehr: Wie können wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unsere Polizei in jedem Revier so schlagkräftig, präsent und einsatzfähig wie möglich machen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Deshalb ist es angesagt, besonnen an die Entscheidung über die zukünftige Gestalt der Polizei heranzugehen.

Die Beschäftigten haben sich in die Evaluierung direkt eingebracht. Ihre Meinung und Expertise war uns Grünen wichtig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wurde auch berücksichtigt!)

Wie die Große Anfrage der SPD zeigt, gibt es durchaus Fragen und Kritikpunkte. Eine Zahl möchte ich herausgreifen, weil sie zeigt, dass ein großes Ziel der Reform noch nicht erreicht ist. 88 % der Befragten sehen die operative Basis der Polizei, insbesondere der Dienstgruppen des Streifendienstes, durch die Reform nicht gestärkt. Die Einlösung dieses Ziels steht also noch an. Jede Entscheidung, die wir nun im Rahmen von EvaPol treffen, muss die operative Polizeiarbeit stärken. Die Beschäftigten sollen sich ihrer fachlichen Arbeit zuwenden können, ohne viel Energie in Strukturen zu verlieren.

Trotz aller Anstrengungen der letzten Jahre – gern erwähne ich da die SPD als verlässlichen Partner in der letzten Legislaturperiode – ist der Personalkörper der Polizei weiterhin angespannt. Nach vielen anderen Kritikpunkten liegt für mich bei der personellen Aufstellung der Hauptansatzpunkt. Hier haben wir als Politikerinnen und Politiker die Verantwortung.

Wir wollen die Fortführung und Fortsetzung exzellenter Polizeiarbeit, einer Polizeiarbeit, die sich dem Wandel ihrer Aufgaben stellen kann, für die unsere Polizei ausgebildet ist und bei der sie deutschlandweit vorbildlich ist.

Ansonsten zeigt diese Große Anfrage, dass sich in der Polizeiarbeit seit 2014 schon vieles verbessert hat. Nehmen wir als Beispiel den Kriminaldauerdienst. Es besteht eine hohe Zufriedenheit und Identifizierung der Beamtinnen und Beamten mit ihrer Arbeit innerhalb der Polizei. Daran arbeiten wir weiter. Da, wo es Kritikpunkte gibt, wie z. B. bei der Verkehrsunfallaufnahme, werden wir eine gute Antwort finden für die verschiedenen Anforderungen, die sich in den ländlichen, städtischen und verkehrsbedingten Strukturen zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle meine, alle unsere Gespräche haben gezeigt, dass letztendlich der Standort eines

Präsidiums nicht von Bedeutung für die Qualität der Polizeiarbeit ist. Den Antrag der SPD werden wir ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Lorek.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle möchten die bestmögliche Sicherheit für die Menschen in diesem Land. Diese wird aber nicht durch haltlose Vorwürfe über die Medien oder hier im Plenum verbessert, sondern durch die Sacharbeit der grün-schwarzen Landesregierung und von Innenminister Thomas Strobl.

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Wenn ich jetzt den nachgereichten Beschlussvorschlag der SPD ansehe, frage ich mich schon, ob das in irgendeiner Bierlaune nach einer Fraktionssitzung entstanden ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Da bin ich mir nicht sicher!)

Ich muss hier für Ernüchterung sorgen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die angesprochenen Teilprojektsberichte sind in den Gesamtbericht eingeflossen, und der Gesamtbericht ist öffentlich. Und vor allem: Der Rechnungshof steht mit dem Innenministerium in engem Kontakt, und damit begleitet er auch die Polizeireform und EvaPol.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann müssen Sie ja keine Angst haben!)

Begründung, konkrete polizeifachliche Argumente sowie eine Unterlegung der Vorschläge mit Zahlenmaterial fehlen. Ihr damaliges Eckpunktepapier von 2012 hat im Übrigen die Kosten völlig außer Acht gelassen. Wir machen das jetzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Da muss jetzt der Herr Gall tief durchatmen!)

Wir, die grün-schwarze Koalition, haben eine unverzügliche Evaluierung der Polizeireform durchgeführt, um die Schwachpunkte zu identifizieren und zu beseitigen. Die letzte Polizeireform wurde in einem verschworenen Zirkel geplant.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was?)

Jetzt erfolgt eine tatsächliche Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und über 11 000 Antworten bei der Befragung sprechen eine deutliche Sprache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Beteiligung, jawohl! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie hat der Herr Gall das gemacht?)

Das war die größte und umfassendste Beteiligung, die innerhalb unserer Polizei jemals durchgeführt wurde. Deshalb gilt

(Siegfried Lorek)

unser Dank auch den mitwirkenden Beamtinnen und Beamten und Angestellten der Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Am 21. März gab es eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion – ich zitiere –:

Die SPD-Fraktion bleibe dabei,

– so Binder –

die Empfehlungen des Lenkungsausschusses in der kommenden Woche abzuwarten und sich dann mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit und Fachlichkeit damit inhaltlich auseinanderzusetzen. „Das gebietet allein der Respekt vor den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die sich in verschiedenen Arbeitsgruppen in den vergangenen Monaten viel Arbeit gemacht haben, um die Polizeistrukturreform in ihrer Wirkung zu begutachten“, erklärte Binder.

Völlig richtig! Und genau das tun wir jetzt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Die Kosten und Aufwendungen werden jetzt valide geprüft. Das haben Sie 2012 nicht getan. Ihr Ziel war eine Stärkung der Reviere um je zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das haben Sie klar nicht geschafft. Sie haben die Zahl der Ausbildungsstandorte reduziert; wir werden sie wieder erhöhen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Bei Ihrer sogenannten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wurden Kosten von über 300 Millionen € angesetzt. Diese wurden aber schöngerechnet mit einem effizienten Personaleinsatz. Alles Luftbuchungen!

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Luftbuchungen“?)

Sie haben knapp 500 Stellen in den Landespolizeidirektionen gegengerechnet. Das bedeutet: Die Beschäftigten in den Landespolizeidirektionen haben wohl vorher nichts gearbeitet und konnten darum freigesetzt werden. Da waren u. a. die Beamten vom Dezernat Sonderdelikte/Organisierte Kriminalität dabei.

Mit Ihren Vorhaltungen sprechen Sie jetzt den Mitgliedern des Lenkungsausschusses Ihr Misstrauen aus.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Dieser sprach sich klar für das 14er-Modell aus. Das waren anerkannte Experten der Polizei: Waldemar Kindler, langjähriger bayerischer Landespolizeipräsident, ein bundesweit anerkannter Polizeiexperte, Ralf Kusterer, Vorsitzender des Hauptpersonalrats, Dr. Stefanie Hinz, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Erwin Hetger, ehemaliger Landespolizeipräsident und Vorsitzender des „Weißen Rings“. Gut, es gab eine Gegenstimme im Lenkungsausschuss, und die kam vom ehemaligen Projektleiter der Polizeireform.

Die Empfehlungen des Lenkungsausschusses sind fachlich fundiert. Wir sollten ihnen folgen.

Liebe Kollegen von der SPD, betreiben Sie bei diesem Thema doch wieder einmal wirklich Innenpolitik statt Denkmalschutz für Ihre Regierungsarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Mit den jetzt von Ihnen eingeforderten Maßstäben hätten Sie damals Ihrer eigenen Reform niemals zustimmen dürfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Berg das Wort.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Einmal mehr richten wir heute den Blick auf die Polizeistrukturreform von SPD und Grünen, deren Ziel es ja ursprünglich war, die Leitungsebenen zu verschlanken und mehr Personal in die Reviere und Posten vor Ort zu bringen. Die SPD-Fraktion lobt erwartungsgemäß ihr eigenes Projekt. In ihrer Pressemitteilung vom 28. März 2017 ist die Rede von einem guten Zeugnis:

Die Evaluierung bestätigt, dass die Polizeireform richtig war ... und die Polizeiarbeit zukunftsfähig gemacht hat ...

So wird dort Kollege Binder zitiert.

In der Tat benennt die Evaluierung auch einige positive – ich würde sogar sagen: lobenswerte – Aspekte. Im Schnitt wurde die Reform auf einer Skala von 1 – positiv – bis 5 – negativ – mit einer Gesamtnote von 3,22 bewertet. Dies ist zwar kein vernichtendes Urteil; von einem guten Zeugnis, lieber Herr Binder, kann hier allerdings nicht die Rede sein.

(Zuruf: Genau!)

Denn in den entscheidenden Kernpunkten hat die Reform leider klar versagt.

(Beifall bei der AfD)

Allgemein stieß die Bündelung von Verwaltungsaufgaben auf positive Resonanz. Auch die Einführung der rund um die Uhr besetzten Führungs- und Lagezentren wurde insbesondere für Ad-hoc-Einsatzlagen sehr positiv bewertet. Was die alltägliche Zusammenarbeit mit den Führungs- und Lagezentren angeht, hielten sich die eher positiven und die eher negativen Meinungen etwa die Waage. Hier muss, lieber Herr Innenminister, weiter nachgehakt und gegebenenfalls maßvoll nachjustiert werden.

(Beifall bei der AfD)

Ebenso wurden die Änderungen im Bereich der Kriminalpolizei fast durchweg positiv beschieden. Insbesondere die Einrichtung eines flächendeckenden Kriminaldauerdienstes, die Zentralisierung der Kriminaltechnik sowie die Einrichtung einer Kriminalinspektion für Cyberkriminalität wurden sogar mit sehr guten Bewertungen versehen.

Auf der anderen Seite bemängelten jedoch die meisten Befragten, dass sich die operative Aufgabenwahrnehmung eben nicht verbessert hat und der Personalansatz lange nicht aus-

(Lars Patrick Berg)

reicht, um herausragende Verfahren bearbeiten zu können. Auch hier weist die Evaluation Verbesserungsbedarf aus.

Im Themenbereich der Verkehrspolizeidirektionen war bei den Bewertungen ein deutliches Stadt-Land-Gefälle erkennbar. In den Großstädten kam das Modell offensichtlich recht gut an, während es im ländlichen Raum zu über 60 % negativ bewertet wurde.

Ausgesprochen explizit hingegen widmet sich der EvaPol-Abschlussbericht dem Themenbereich „Direktionen Polizeireviere“. Hier hat die Polizeistrukturereform ihre Ziele wirklich verfehlt. Die Direktionen Polizeireviere und die Polizeireviere setzen hier weiterhin in deutlich höherem Umfang Personal für administrative Tätigkeiten ein als vorgesehen. Die vorgegebene Leistungsquote wurde zum 1. Juli 2016 um 75 Vollzeitäquivalente des Polizeidienstes überschritten. Da hier ohnehin im Rahmen der Zusammenlegung der Direktionen Polizeireviere mit den Verkehrspolizeidirektionen Umwälzungen stattfinden, bietet sich an dieser Stelle eine gute Gelegenheit, Führungsstrukturen tatsächlich zu verschlanken und mehr Beamte in den operativen Dienst zu bringen.

(Beifall bei der AfD)

Schließlich gab es auch vehemente Kritik bei den Problemfeldern „Hochschule der Polizei“ – hier bereits auch von uns, seitens der AfD-Fraktion, mehrfach angesprochen – und „Polizeipräsidium Einsatz“. Während die organisatorische Zusammenführung der verschiedenen Aus- und Fortbildungseinrichtungen positiv aufgenommen wurde, bewertet eine absolute Mehrheit die Trennung von Einsatzstandorten der Bereitschaftspolizei und Schulstandorten als nicht sachgerecht. Hierdurch, lieber Herr Innenminister Strobl, wurde die Attraktivität der Ausbildung leider erheblich herabgesetzt – so lautete das vernichtende Urteil von 83 % der abgegebenen Stimmen.

Meine Damen und Herren, trotz einiger positiver Aspekte muss ich, müssen wir, die AfD-Fraktion, schlussendlich konstatieren, dass die Reform nach Selbsteinschätzung der Polizei eben nicht wahrnehmbar zu mehr Bürgernähe, zu mehr Bürokratieabbau, zu flacheren Hierarchien, zu mehr Beamten in Revieren und Posten oder zu einer höheren Präsenz der Polizei geführt hat. Im Gegenteil: Die Bürgernähe hat sich verschlechtert, die Bürokratie ist nach wie vor erstickend, es wurden neue Hierarchieebenen geschaffen und die Stäbe in Teilen wieder aufgeblasen – zulasten der operativen Arbeit der Polizei.

Meine Damen und Herren, es macht mich deshalb fassungslos, dass zu einem Großteil dieser Themen bereits lange vor dieser vermeintlichen Reform Kritik geäußert worden ist. Ich kann nicht nachvollziehen, wie eine so dringend notwendige Reform offensichtlich über die Köpfe der Polizeibasis hinweg und an deren Bedürfnissen vorbei geplant werden konnte.

Ich komme zum Ende: Wäre die Planung ergebnisoffen geführt worden, dann gäbe es diese massiven Probleme heute nicht. Es hieße jedoch nun, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn die komplette Polizeistruktur nochmals über den Haufen geworfen würde. Unsere Polizei erwartet von der Politik sinnvolle Korrekturen mit Augenmaß.

Mein Schlusssatz: Beim Zuschnitt der Präsidien berücksichtigt das 14er-Modell in weiten Teilen die tatsächlichen loka-

len Gegebenheiten am besten; die Entscheidung muss jedoch finanziell und personell sauber abgewogen werden, weil unsere Polizeibeamten Gewissheit über ihre zukünftigen Arbeitsbereiche verdienen und keine erneute Hängepartie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Innenminister, wenn ich mich gleich an Sie wenden darf: Wenn es Ihnen ein ernsthaftes Vorhaben ist, aus einer fehlerhaften Reform jetzt noch das Beste herauszuholen, und wenn Sie dafür eine breite Unterstützung in diesem Parlament haben wollen, dann darf es jetzt keine lange Diskussion mehr geben, sondern dann müssen ganz einfach die Empfehlungen der Kommission, die Sie selbst eingesetzt haben, umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Nichts anderes kann vernünftigerweise in Betracht kommen.

Wenn ich jetzt die Rechenspiele betrachte, die in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gelangt sind, dann möchte ich hier das Kind doch einmal deutlich beim Namen nennen: Für mich ist das ein dreister Versuch, den politisch Verantwortlichen die Entscheidung mit Horrorzahlen aus der Hand zu schlagen. Das ist das, was dort geschehen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wer die Rechnerei bei dieser Reform von Anfang an verfolgt hat, hat erlebt, wie die Reform selbst erbarmungslos schön-gerechnet wurde. Damals habe ich mir im Landtag den Vergleich mit Stuttgart 21 erlaubt, das damals in der Diskussion war. Ich habe gesagt: „Das wäre, als ob man bei Stuttgart 21 erst mal ein Loch am Bahnhof gräbt und dann schaut, wie teuer der Rest wird.“ Das war ungefähr das Vorgehen dort.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Jetzt wird die Reparatur genauso erbarmungslos schlechtgerechnet. Wer genau hinschaut, stellt fest, dass diese ganzen Rechenspiele unter tatkräftiger Beteiligung genau der Akteure erfolgen, die die fehlerhafte Reform wollten und die die jetzige Korrektur natürlich nicht wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber wer diese Zahlen ernst nimmt – ich möchte so formulieren: wer darauf hereinfällt –, der hat seinen politischen Gestaltungsanspruch aufgegeben, der kann seinen Gestaltungsanspruch gleich an die Verwaltung – genauer gesagt: an keinesfalls unparteiische Teile der Verwaltung – weiterreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Wer eine Kostenreduzierung will – Ich darf hier als Einschub nur noch einmal den Vorschlag vom letzten Mal erneu-

(Dr. Ulrich Goll)

ern: Man könnte auf 14 Präsidien gehen und dafür beispielsweise die Direktionen Reviere aufgeben; das spart nicht nur Geld, sondern bringt auch flache Hierarchien. Das wäre eine Maßnahme, die natürlich auch eine Kostendämpfung zur Folge hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Reform als solche ist natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Das wird klar sein. Aber nach meiner Meinung werden die Kosten einer Korrektur letzten Endes irgendwo in den Gesamtkosten dieser großen Reform untergehen.

Wir führen im Moment viele Diskussionen über die innere Sicherheit. Jeden Tag kann ich dazu in der Zeitung Überschriften lesen wie „CDU und SPD fordern schärfere Gangart“. Wir werden wieder Gesetzgebungsvorschläge bekommen, die entweder etwas bringen oder die nichts bringen. Wir werden vielleicht wieder viele Diskussionen führen, die eher symbolischer Natur sind.

Aber jedem sollte eines klar sein: Wenn man etwas für die Polizei tun will, sollte man sie in den bestmöglichen Strukturen arbeiten lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Zurufe von der SPD: Richtig!)

Dazu liegt jetzt ein Vorschlag vor. Wer ihn nicht verwirklicht, muss dafür gute Gründe haben.

Diese Landesregierung hat für viele Maßnahmen, die wir nicht getroffen hätten, die wir für verzichtbar gehalten hätten, Geld ausgegeben. Da will ich jetzt nicht auf alles eingehen. Aber es ist viel Geld umgesetzt worden. Das weiß auch jeder in diesem Parlament.

Aber eine Polizei, die unter bestmöglichen Umständen, in bestmöglichen Strukturen arbeitet, braucht eben jeder; die ist unverzichtbar. Dafür darf uns eigentlich nur das Beste gut genug sein – gerade in diesen Zeiten, die Sie, Frau Häffner, angesprochen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Deshalb, lieber Herr Innenminister: Wir wissen jetzt, was die bestmöglichen Strukturen für die Polizei wären. Ich würde an Ihrer Stelle nicht gern mit dem Ruf leben, nicht das Beste getan zu haben, und zwar wider besseres Wissen.

Sie haben einen Vorschlag zur Nachbesserung gewollt, Sie haben einen Vorschlag zur Nachbesserung bekommen. Man muss ganz deutlich sagen, wenn es jetzt um die Entscheidung geht: Ihre mögliche Reputation als derjenige, der bei dieser Reform noch rettet, was zu retten ist, wäre von vornherein, auf Deutsch gesagt, im Eimer, wenn Sie jetzt sagen würden: „Wir haben den richtigen Vorschlag, aber wir kriegen es nicht gebacken.“ Herr Innenminister, Sie würden sich zu einem ziemlich frühen Zeitpunkt in dieser Legislaturperiode das Etikett des Misserfolgs um den Hals hängen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Abg. Dr. Goll, ich nehme die positive Bewertung, die Sie gegenüber EvaPol zum Ausdruck gebracht haben, vor allem als eine Anerkennung gegenüber der Arbeit, die dort geleistet worden ist, und bedanke mich dafür. Es war ganz gut, dass Sie das gesagt haben. Jedenfalls haben diejenigen, die dort gearbeitet haben, das mit großem Sachverstand getan und sich sehr viel Mühe gemacht. Ich schließe mich Ihrem Dank sehr gern an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die heutigen Ausführungen des Kollegen Binder haben mich an Goethes „Faust“, zweiter Teil, erinnert, wo Faust zu Mephisto sagt:

In deinem Nichts hoff' ich das All zu finden.

Mir ist es wie Faust gegangen, Herr Kollege Binder: Das war heute also gar nichts.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Da war nichts zu finden und ganz wenig Substanz. Vor allem haben Sie sehr viel aus Presseberichten zitiert. Sie haben erst selbst Journalisten mit Informationen gefüttert, von denen Sie wissen, dass sie falsch sind, um das Ganze dann hier wieder engagiert vorzutragen.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir hatten doch in der letzten Sitzung des Innenausschusses eine intensive Diskussion auf Ihre Nachfrage hin, was das heiße, dass die Ergebnisse vor der Sommerpause vorlägen, und ob dann auch jeder einzelne Polizist wisse, wohin er gehe. Ich habe Ihnen ausführlich erklärt, dass es darum geht, dass wir vor der Sommerpause Klarheit darüber haben, wie die Strukturen aussehen. Trotzdem erzählen Sie heute hier wieder irgendetwas völlig anderes.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie machen das auch wider besseres Wissen. Aber das ist Ihre Sache. Das bringt jedenfalls in der Substanz nicht arg viel mehr.

Weil wir gerade dabei sind: Ich habe gestern auch – Ich weiß gar nicht, für wen Sie da so richtig geredet haben. Ich will nur einmal Aussagen eines SPD-Kollegen zitieren. Heute Mittag möchte die nächste SPD-Abgeordnete mit mir sprechen. Ich weiß auch schon, was sie mir sagen würde.

In der gestrigen Ausgabe der „Rems-Murr-Rundschau“ findet sich eine bemerkenswerte Aussage von Herrn

(Zuruf von der SPD: Gruber!)

Abg. Gruber. Dort heißt es:

Die Reform des Jahres 2014 ging auf das Konto von SPD-Innenminister Reinhold Gall, also reden die Sozis jetzt natürlich nicht einer Reform der Reform das Wort. Aber

(Minister Thomas Strobl)

Moment: „Ich würde mich freuen, wenn Waiblingen Präsidiumssitz wird“, sagt Gernot Gruber, Backnang,

(Oh-Rufe von den Grünen und der CDU)

„das wäre für unseren Raum eine gute Sache“. Äh, Herr Gruber –

– heißt es weiter –

dazu kann es doch nur kommen, wenn das 14er-Modell greift

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

nebst der WN/ES-Lösung?! „Ich erlaube mir auch mal, eine Meinung gegen meine Fraktionsmehrheit zu vertreten.“ Sicher, das alles müsse ... „finanzierbar“ sein – aber das Land verzeichne derzeit ja „Rekordeinnahmen“.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

So weit die „Rems-Murr-Rundschau“ und der Kollege Gruber.

Wie gesagt, heute Mittag wird mich die nächste Abgeordnete aufsuchen. Also, vielleicht schauen Sie einmal, dass das, was Sie hier vortragen, in der SPD-Fraktion eine entsprechende Akzeptanz findet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Auf jeden Fall!)

Der Evaluationsbericht liegt uns allen seit Ende März vor. Wir haben nun gesagt, dass wir die personellen und finanziellen Auswirkungen dessen, was EvaPol erarbeitet hat, noch einmal ganz solide – auch gemeinsam mit dem Finanzministerium – überprüfen wollen, um die Aufwendungen konkret zu ermitteln. Das war auch ein Wunsch im Parlament gewesen. Diesem Wunsch kommen wir selbstverständlich nach. Herr Abg. Dr. Goll, wir werden das mit der notwendigen Gründlichkeit, aber auch mit der notwendigen Schnelligkeit machen; denn ich bin schon auch der Meinung – dabei bleibt es –: Die Polizei muss spätestens vor der Sommerpause wissen, wohin die Reise geht. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir dieses Ziel auch erreichen werden.

Herr Abg. Binder, so ganz nachvollziehen kann ich, ehrlich gesagt, nicht, dass Sie solche Debatten hier in den Landtag ziehen. Ich habe während Ihrer Rede auch beobachtet, wie der ehemalige Innenminister Gall sehr betreten vor sich hin geschaut hat.

(Lachen bei der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Was?)

Das ist schon fast ein selbstquälerischer Prozess, den Sie Ihrer Fraktion da zumuten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Es war alles richtig, was er gesagt hat!)

Ich will Ihnen, weil Sie auch das Thema Mitarbeiterbeteiligung angesprochen haben, etwas zitieren. Wir hatten ja eine sehr schöne und breite Mitarbeiterbeteiligung. Über 12 000

Angehörige der baden-württembergischen Polizei haben sich in diesen Beteiligungsprozess eingebracht.

Zur Polizeireform, die Sie damals zu verantworten hatten, will ich Ihnen einmal aus dem Landtagsprotokoll zitieren, was der Kollege Gall in der 72. Sitzung des Landtags der 15. Wahlperiode am Donnerstag, 20. Juni 2013, gesagt hat. Ich zitiere:

Im Ergebnis kann ich feststellen, dass sich 80 % der Vorschläge zur zukünftigen Organisation und Ausgestaltung der Polizei auch in den Eckpunkten dieser Projekte wiedergefunden haben. Aus den Reihen der Polizei gab es allein 166 Vorschläge für strukturelle Veränderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 166 Vorschläge gab es aus den Reihen der Polizei. Das war die Mitarbeiterbeteiligung damals. Wir haben eine Mitarbeiterbeteiligung gemacht, an der sich über 12 000 Angehörige der Polizei beteiligt haben. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Vorschläge ist nicht gleich Beteiligung! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Dass Sie so etwas hier im Landtag noch einmal thematisieren, hat schon – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie banal kann man eigentlich argumentieren? Meine Güte! – Unruhe)

– Ja, ja. – Sie haben sich damals gerühmt, 166 haben sich beteiligt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie können auch fragen, wie das Wetter morgen sein soll! Da haben Sie auch 10 000 Meinungen! – Glocke der Präsidentin)

– Ich hätte es Ihnen nicht angetan, Herr Gall, die Debatte heute zu führen.

(Zurufe)

Aber dafür müssen Sie sich beim Kollegen Binder bedanken. Das ist ja fast schon eine Art politischer Sadosomachismus, was Sie hier veranstalten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie eigentlich Argumente? – Weitere Zurufe von der SPD)

jetzt werden wir das in aller Ruhe und aller Gründlichkeit zu Ende führen. Dann schauen wir uns auch die Kosten an.

Ich finde auch, es ist nicht ganz verkehrt, was Abg. Dr. Goll gesagt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist sogar sehr richtig! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Da werden wir mal schauen, ob das sehr richtig ist. Es steht mir auch nicht an, hier Zensuren zu verteilen. Das können Sie besser als ich; das haben Sie ja auch gelernt.

(Minister Thomas Strobl)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor allem bei Ihnen! – Heiterkeit)

– Nein. – Der Kollege Lorek hat zu Recht gesagt, wir werden uns das jetzt einmal in aller Ruhe anschauen. Er hat darauf hingewiesen, dass dies ein hervorragend besetzter Lenkungsausschuss gewesen ist. Das wurde damals von der SPD auch gar nicht mal kritisiert – immerhin drei Landespolizeiprääsidenten, zwei Ministerialdirektoren, kommunaler Sachverständiger und anderes mehr. Ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen schade und auch beschämend, wie Sie jetzt die Arbeit dieser Leute diskreditieren.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Glauben Sie wirklich, dass Persönlichkeiten wie Landespolizeipräsident Kindler,

(Abg. Sascha Binder SPD: Das habe ich doch gar nicht gesagt! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo waren Sie denn? – Zuruf von der SPD: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

wie Landespolizeipräsident Hetger sich politische Vorgaben machen lassen? Schließen Sie doch nicht von sich auf andere, lieber Herr Kollege Binder! Das sind Persönlichkeiten, mit denen machst du so etwas überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat die SPD noch nie gemacht!)

Ich wiederhole es noch einmal, nur, damit es ganz klar ist: Sie haben null Komma null Substanz für das, was Sie hier in die Welt setzen. Sie machen das auf dem Buckel der Polizeiorganisation.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es!)

Das ist schändlich. Ich wiederhole es, damit es klar ist: Es hat von meiner Seite null Komma null politische Vorgaben für EvaPol gegeben. Die einzige politische Vorgabe war die, dass es keine politischen Vorgaben gibt, sondern dass unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit gearbeitet werden soll. Und das ist mit dieser Arbeit geschehen. Hören Sie auf, diejenigen, die sich über Monate Mühe gegeben, die sich Arbeit gemacht haben, schlechtzureden und zu diskreditieren!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat die CDU-Fraktion jahrelang gemacht! Jahrelang haben Sie das gemacht!)

Das werden wir nicht zulassen. Sie sollten auch nicht von sich auf andere schließen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Zehn Minuten Banalitäten! – Abg. Andreas Stoch SPD: Kein Argument! Wahnsinn!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Häffner.

(Zuruf)

– Die SPD hat das Schlusswort. Es ist also alles korrekt.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Für eines war die Debatte gerade überhaupt nicht hilfreich, nämlich für die Polizeiarbeit – für eine Polizeiarbeit, die geschätzt wird, die auf pragmatische Unterstützung angewiesen ist und die erwartet, dass wir gute Antworten und Hinweise geben.

Wir haben hier über Altbekanntes geredet; wir haben nichts Neues erfahren. Wir haben auch von der SPD nicht erfahren, wo die Ansätze gesehen werden. Wo genau haben Sie Ihre Kritikpunkte?

(Abg. Sascha Binder SPD: Was?)

Deswegen: Lassen Sie uns heute in dem fortfahren, was wir begonnen haben. Wir werden nach Pfingsten klare Zahlen haben, um gute Entscheidungen treffen zu können – Entscheidungen, die auf Daten, Fakten und verlässlichen Zahlen beruhen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Lorek.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Minister Strobl führte es klar aus, Kollegin Häffner gerade auch:

(Zuruf von der SPD: Was?)

Wir arbeiten – im Gegensatz zu Ihnen damals – mit validen Zahlen und überprüfen die Sache. Hören Sie doch bitte einfach auf, die Arbeit der jetzigen Gruppe in den Dreck zu ziehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unverschämte Unterstellung!)

Arbeiten Sie mit uns zusammen! Ich denke, wir alle sollten für die Sicherheit in diesem Land arbeiten. Was Sie gerade machen, ist, einfach nur zu sagen: „Bei unserer Reform war alles richtig“; jegliche Kritik daran wird von Ihnen kritisch gesehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagt kein Mensch!)

Ich danke ausdrücklich dem Kollegen Gruber aus dem Rems-Murr-Kreis. Man sieht: Auch in der SPD gibt es noch Abgeordnete mit Rückgrat, die merken, was nicht gut war, und flexibel genug sind, um ihre eigenen Entscheidungen zu korrigieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sollen wir den Herrn Palm mal zitieren?)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Die AfD-Fraktion hat keine Redezeit mehr. Ich darf nun für die Fraktion der SPD das Wort Herrn Abg. Binder für das Schlusswort geben.

Abg. Sascha Binder SPD: Zunächst mal, weil Sie den Kollegen Gruber genannt haben, Herr Innenminister und jetzt auch Herr Lorek: Natürlich gibt es Wahlkreisinteressen. Aber

(Sascha Binder)

es gibt eine Entscheidung dieser SPD-Fraktion. Wir können bei der Polizeifachlichkeit nicht alle Wahlkreisinteressen berücksichtigen, so, wie Sie das machen. Und genau das ist der Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi
CDU)

Kollege Lorek, Sie müssen sich einmal überlegen, für wen Sie eigentlich noch den Denkmalschutz für Ihre Wahlversprechen aufrechterhalten. Wenn Sie sich ab und zu zur Polizeireform äußern, sollten Sie manchmal hinter sich schauen, für wen Sie eigentlich Ihre Forderungen erheben. Denn wie wir alle wissen, ist Ihr eigener CDU-Arbeitskreis Rems-Murr gegen eine Veränderung gerade Ihres Präsidiums, für das Sie sich so einsetzen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Sie haben also gar keine Basis für Ihre Forderung, Kollege Lorek.

(Beifall bei der SPD)

Und, Herr Innenminister, Sie haben heute Vorhaltungen gemacht und Schubladen gezogen, dabei aber nichts zu den Zahlen gesagt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts zu den Zahlen!)

Sie haben es stehen lassen, dass Kollege Goll Kritik am Landespolizeipräsidenten geübt hat, Sie haben sich nicht hinter den Landespolizeipräsidenten gestellt und haben es auch noch zugelassen, dass einzelne Abgeordnete Ihrer eigenen Fraktion bei der Kritik des Kollegen Goll geklatscht haben. So geht man nicht mit den eigenen Mitarbeitern des Ministeriums um, Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zu den Kritikpunkten keinen einzigen Satz gesagt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Null!)

Ich habe überhaupt nicht mit der Presse geredet.

(Zuruf: Doch!)

Welche Erkenntnis hatten wir denn aus dem Innenausschuss?

(Lachen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Minister lacht die ganze Zeit!)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen, Herr Minister. Der Ministerpräsident hat bei einer Regierungspressekonferenz den Termin Pfingsten angekündigt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt dauert es halt ein paar Tage länger! Wo ist das Problem, Herr Kollege?)

Das wissen Sie genauso gut wie ich; da brauche ich nicht mit Journalisten zu reden. Sie sollten sich Gedanken machen, warum die Zahlen und warum der Ablauf in der Zeitung standen. Dies kann schwerlich von der Opposition kommen; es kommt aus der Regierung, Kollege Strobl.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:
Kritisieren Sie, dass wir gründlich arbeiten?)

Sie sollten uns nichts vorwerfen. Wir haben bisher im Landtag keine Debatte zum Thema „Evaluierung der Polizeireform“ beantragt. Wir haben gesagt: Wir warten den Prozess ab. Wir haben uns auf den Zeitplan des Ministerpräsidenten verlassen, haben aber seit letzter Woche gesehen, dass Dinge öffentlich geworden sind, über die man hier im Landtag debattieren muss, weil die gesamte Polizei auf den 30. Mai geschickt hat, auf die Kabinettsentscheidungen. Das wissen Sie alle. Alle haben erwartet, dass vor Pfingsten Eckpunkte vorliegen. Wir sollten hier im Parlament nicht so tun, als ob dieser Zeitplan nicht bekannt wäre. Überall war es bekannt. Deshalb war es wichtig, heute darüber zu diskutieren.

(Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

Legen Sie endlich die Zahlen vor! Machen Sie die Evaluierung insgesamt transparent.

Kollege Lorek, Sie wissen, es gibt Teilberichte, und wir müssen sehen: Stimmen diese Teilberichte mit der Gesamtevaluierung überein? Es geht nicht um Kritik an den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die an dieser Evaluierung gearbeitet haben. Wer vorher Ergebnisse festsetzt, diskreditiert die Arbeit dieser Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, nicht wir, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Wir haben jetzt noch über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/2151, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag Drucksache 16/2151 mehrheitlich abgelehnt.

Somit ist Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Blindenhilfegesetzes und zur Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung – Drucksache 16/2036

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Name unseres Gesetzentwurfs ist nicht ganz so lyrisch wie „EvaPol“, er klingt ein bisschen sperriger. Nichtsdestotrotz ist dieses Gesetz, das wir Ihnen heute in der Ersten Beratung vorlegen, das Gesetz zur Änderung des Blindenhilfegesetzes und zur Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung – dafür gibt es nicht mal eine schöne Abkürzung –, sehr wichtig für die Betroffenen.

Mit Artikel 1 des Gesetzentwurfs soll die Anrechnung von Pflegeleistungen bei der Landesblindenhilfe neu geregelt werden. Das ist notwendig, weil in der Pflegeversicherung durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz die drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade abgelöst wurden.

(Minister Manfred Lucha)

Artikel 2 setzt die Verordnung über Kosten nach dem Medizinproduktegesetz außer Kraft.

Im Einzelnen: Wir müssen die prozentualen Anrechnungsbeiträge der Pflegegelder auf das Blindengeld neu regeln, und zwar deshalb, weil die bisherigen Pflegestufen auf Pflegegrade umgestellt werden und damit die Pflegeleistungen erhöht werden. Da Pflegeleistungen auf die Landesblindenhilfe angerechnet werden, würde deren Erhöhung wiederum zu einer Kürzung der Landesblindenhilfe führen. Das heißt, die Erhöhung der Pflegeleistung käme nicht den blinden Menschen zugute, sondern den Sozialleistungsträgern. Deswegen sollen die Prozentsätze, nach denen die Anrechnung erfolgt, so vermindert werden, dass keine Kürzung der Blindenhilfe eintritt.

Finanzielle Auswirkungen hat diese Anpassung praktisch nicht. Ziel ist ja gerade die Beibehaltung des Status quo bei der Leistungsgewährung.

Zu Artikel 2 – Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung –: Aufgrund einer Strukturänderung des Gebührenrechts des Bundes im Jahr 2013 ist im Medizinproduktegesetz die Ermächtigung der Landesregierungen zur Bestimmung von Gebührentatbeständen auf dem Verordnungsweg entfallen. Für eine differenzierte Erhebung der Gebühren beim Vollzug des Medizinprodukterechts bedarf es daher einer Ergänzung der Gebührenverordnung des Ministeriums für Soziales und Integration. Zur Vermeidung konkurrierender Gesetzgebung ist die nicht mehr anwendbare Medizinprodukte-Kostenverordnung vorher außer Kraft zu setzen.

Zum Verfahren: Das Ministerium für Soziales und Integration hatte dem Kabinett am 17. Januar 2017 den Anhörungsentwurf vorgelegt. Das Anhörungsverfahren wurde durchgeführt, es wurden die Kommunalverbände angehört; bezüglich des Blindenhilfegesetzes waren das die Behinderten- bzw. Sehbehindertenverbände, bezüglich der Medizinprodukte-Kostenverordnung waren es die Verbände des Gesundheitswesens und der Medizinprodukteanbieter. Die Rückmeldungen der Verbände waren positiv. Der Ministerrat hat den Gesetzentwurf zur Änderung des Blindenhilfegesetzes und zur Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung am 9. Mai 2017 beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem zwar etwas sperrigen, aber nichtsdestotrotz für die betroffenen Menschen wichtigen Gesetz.

Danke sehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute die Anpassung an eine neue Gesetzeslage im Bund. Es geht dabei zunächst um das Zweite Pflegestärkungsgesetz, um das Medizinproduktegesetz und in der Folge auch um das Bundesteilhabegesetz.

Das Zweite Pflegestärkungsgesetz hat einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt und die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt. Dies macht eine Anpassung der Bestimmungen des Blindenhilfegesetzes zur Anrechnung von Leistungen nach dem SGB XI notwendig. Das vorrangige Ziel ist dabei klar – der Minister hat es benannt –: Wir wollen die Betroffenen im Vergleich zur bisherigen Rechtslage nicht schlechterstellen. Dies ist nach unserer Überzeugung gelungen.

(Beifall der Abg. Petra Krebs GRÜNE)

Denn die Übergangsvorschrift stellt sicher, dass es zu keiner Absenkung der Blindenhilfe kommt. Es wird also keine negativen Auswirkungen auf die Praxis der Leistungsgewährung geben.

Dafür sprechen auch weitere Indizien: Weder im Beteiligungsportal des Landes noch vonseiten der Blindenhilfe liegen kritische Anmerkungen zu dieser Gesetzesvorlage vor.

Auch der zweite Teil – die Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung – ist eine Anpassung an neues Bundesrecht. Dadurch ist bei der Gebührenfestlegung unsere bisherige Medizinprodukte-Kostenverordnung schlichtweg obsolet. § 37 Absatz 9 des Medizinproduktegesetzes – kurz: MPG – ermächtigt nur noch das Bundesministerium für Gesundheit und nicht, wie zuvor, auch die Landesregierungen zum Verordnungserlass zu den Gebührentatbeständen.

Wir beraten also in erster Linie eine einfache und formelle Umsetzung von Bundesgesetzen, damit Betroffene im Vergleich zur bisherigen Rechtslage nicht schlechtergestellt werden.

Doch unser Horizont reicht weiter. Woran wir nun intensiv arbeiten müssen, ist die notwendige Ausgestaltung des Bundesteilhabegesetzes auf Landesebene, damit wir ein Bedarfsbemessungssystem nach den Kriterien der UN-Behindertenrechtskonvention bekommen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auf der Bundesebene müssen wir parallel dafür sorgen, dass die sogenannte Fünf-aus-neun-Regelung endgültig abgeschafft wird. Diese besagt, dass Menschen mit Behinderungen nur dann Anspruch auf einen Nachteilsausgleich haben, wenn sie in mindestens fünf von neun Lebensbereichen massiv eingeschränkt sind. Blinde oder hörbehinderte Menschen würden so gesetzlich ausgegrenzt. Diese Fünf-aus-neun-Regelung ist im Moment nur bis 2023 ausgesetzt. Wir müssen und werden uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen auch künftig zu ihren Menschen- und Bürgerrechten kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hockenberger.

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat beraten wir heute ein Gesetz, das im Wesent-

(Ulli Hockenberger)

lichen sozusagen Vorgaben auf Bundesebene zitiert. Die wesentlichen Dinge sind dazu schon gesagt worden. Wir werden hiermit dafür sorgen, dass die Konsequenzen aus der Veränderung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes gezogen werden, das bekanntermaßen – wir haben es schon gehört – die Pflegestufen abgeschafft und Pflegegrade eingeführt hat. Die Änderungen im SGB XI zum Zweiten Pflegestärkungsgesetz, bei dem u. a. diese Entscheidung vorgenommen wurde, fordern jetzt eine Anpassung auf Landesebene. Wichtig ist uns dabei – auch das ist bereits genannt worden –, den Status quo bei der Leistungsgewährung für die Betroffenen sicherzustellen. Insbesondere soll dies durch die Übergangsvorschrift in § 3 a erfolgen.

Für blinde Menschen darf es zu keiner Absenkung des Blindengelds kommen, auch wenn sie zum Januar dieses Jahres einem höheren Pflegegrad zugeordnet worden sind – die etwas komplizierte Berechnungsformel hat der Herr Minister unter Hinweis auf die Begründung im Gesetz ja bereits genannt; deswegen möchte ich darauf verzichten. Wir halten gerade diese Übergangsvorschrift im Interesse der Betroffenen für besonders wichtig.

Die Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung ergibt sich daraus, dass der Bundesgesetzgeber bei der Strukturreform des Gebührenrechts künftig nur noch eine Ermächtigung für die Bundesregierung schafft. Die Landesregierung hat dazu keine eigene Ermächtigung mehr. Um aber auch dafür in Zukunft aufgestellt zu sein, wollen wir eine Gebührenverordnung des zuständigen Ministeriums, um auf dieser Grundlage künftig Doppelstrukturen zwischen Bund und Land zu vermeiden.

Nachdem wir gehört haben, dass im Anhörungsverfahren – das ist bei Gesetzen durchaus nicht immer üblich – sowohl die Betroffenen als auch die Beteiligten wie auch die kommunalen Landesverbände einstimmig für diese Veränderung votiert haben, stimmt auch die CDU-Fraktion dieser Gesetzesänderung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU: Gut! Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden heute über die Änderung des Blindenhilfegesetzes und die Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung. Diese Anpassungen formeller Natur bergen nicht viel Konfliktpotenzial – aber das muss ja glücklicherweise auch nicht immer sein. Wir werden den formalen Änderungen deshalb nicht im Wege stehen.

Dennoch haben wir nun die Möglichkeit, über die generelle Unterstützung von Behinderten – hier konkret von Blinden – zu sprechen.

Wir haben deshalb die Gelegenheit genutzt und uns auch die Blindenhilfe etwas konkreter angeschaut. Nehmen wir etwa die Diskrepanz zwischen dem behinderungsbedingten Mehr-

aufwand und den tatsächlichen Leistungen, etwa dem gezahlten Landesblindengeld und dem tatsächlichen Bedarf. Schauen Sie sich die Höhe der Blindengelder einmal an: Diese schwanken bundesweit zwischen 300 € und fast 600 €. Das ist unerklärlich. Denn es ist ja in Baden-Württemberg nicht einfacher, blind zu sein, als in Bayern oder Hessen. Deshalb stellt sich die Frage, ob hier eine bundesweit einheitliche Lösung nicht besser wäre. Wir sollten zumindest einmal über ein einheitliches System nachdenken.

Wie Sie bereits wissen, halten wir viel von Subsidiarität, aber eben nur dort, wo sie auch Sinn macht. Bei der Unterstützung von Sehbehinderten sehen wir jedenfalls keinen Mehrwert darin, diese länderspezifisch zu regeln. Regionale Unterschiede gibt es u. a. auch beim Gehörlosengeld. Das anscheinend klamme Baden-Württemberg leistet sich keines, während es in Berlin 125 € gibt. – Das als Beispiel.

Neben einer besseren Unterstützung von Sehbehinderten sollten wir unser Hauptaugenmerk auf das Vermeiden von Sehbehinderungen und Erblindungen legen. Erblindungen von Geburt an sind glücklicherweise selten. Vielmehr entstehen sie durch Erkrankungen der Netzhaut. Deshalb müssen wir, wie bei anderen Erkrankungen auch, vorbeugende Maßnahmen präferieren, z. B. auf regelmäßige Kontrolluntersuchungen durch Augenärzte hinwirken. Denn vielfach entwickeln sich die Symptome über viele Jahre.

Zeitnah einen Facharzttermin zu bekommen muss deshalb eine Selbstverständlichkeit sein. Die Terminservicestellen haben bekanntermaßen diesbezüglich keinen Mehrwert hervorgebracht, was auch die Ärztenverbände unterstreichen.

In Baden-Württemberg leben Tausende blinde Menschen, die unsere Unterstützung benötigen, weil sie im Alltag mehr aufwenden müssen als Menschen, die sehen können. Die Bevölkerung in Baden-Württemberg zahlt genug Steuern und Beiträge, sodass sie auch erwarten kann, im Bedarfsfall unterstützt zu werden.

Wir würden uns daher freuen, wenn wir nicht nur ein Gesetz formal anpassen, sondern die Gelegenheit nutzen, uns auch über Verbesserungsmöglichkeiten zu unterhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz: Es ist das erste Gesetz aus dem Haus von Sozialminister Lucha, aber es ist natürlich nur die Umsetzung eines Bundesgesetzes, ein Gesetz, das auf dem Pflegestärkungsgesetz und dem Bundesteilhabegesetz basiert. Die Umsetzungen müssen auch in den Landesparlamenten erfolgen.

Entscheidend ist – das hat der Herr Minister auch zu Recht ausgeführt –, dass es aufgrund der Änderungen zum 1. Januar 2017 keine Verschlechterung gibt, sondern dass es angepasst wird. Dass wir das heute hier beschließen, ist ganz wichtig.

(Sabine Wölfe)

Wir stimmen natürlich zu. Es ist ein richtiges Gesetz. Es setzt eben das um, was der Bund vorgegeben hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich um ein Gesetz in der Kategorie „Reine Formsache“, bei dem es zwischen den Fraktionen keinen Dissens geben dürfte. Es ist aufgrund des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes zwingend notwendig, dass wir die Regelungen der Landesblindenhilfe anpassen, wenn wir wollen – das ist auch unsere Absicht –, dass nicht wegen eines Bundesgesetzes die Landesblindenhilfe jetzt zu Veränderungen, insbesondere Reduzierungen führt.

Daher werden wir diesem Gesetz in der zweiten Lesung natürlich zustimmen.

Den sehr ausführlichen Informationen des Ministers können wir uns vollumfänglich anschließen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2036 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales und Integration zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 2 unserer Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 25. April 2017 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 16/1958, 16/1987

Berichterstatter: Abg. Fabian Gramling

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Herrn Abg. Frey. – Ich sehe ihn nicht.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Die Deutsche Bundesbahn! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Nächste, bitte! – Abg. Sabine Wölfe SPD: Dann machen wir weiter! – Abg. Gabi Rolland SPD: Machen wir einfach weiter!)

Kollege Frey ist nicht im Saal. Dann fahren wir – solange ich keine andere Meldung habe – in der Rednerreihenfolge fort.

Ich erteile für die CDU-Fraktion das Wort Frau Abg. Felder.

(Abg. Sylvia Felder CDU begibt sich zum Redepult. – Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Rainer Podswa AfD)

Abg. Sylvia Felder CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut und richtig, dass wir uns mit Europa befassen. Das Brexit-Votum ist ein Einschnitt historischen Ausmaßes. Der Austritt des Vereinigten Königreichs wird Europa verändern – ich fürchte: schwächen.

Wir werden in einigen Jahren sehen, dass die Versprechungen für Arbeit und Wohlstand durch das Schaffen von Grenzen und Nationalstaaten nicht aufgehen. Die Menschen auf der Insel werden sehen, dass ein gemeinsames Ganzes mehr ist als singuläre nationale Alleingänge.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Markus Röslér GRÜNE)

Ich bin dankbar, dass die Wählerinnen und Wähler in Frankreich diesem schlechten Beispiel nicht gefolgt sind. Es ist gut, dass die Nationale Front die Wahl verloren hat. Vielleicht hat ja auch das in den letzten Wochen begonnene zähe Ringen um die Austrittsverhandlungen die Augen dafür geöffnet, dass es nur schwer möglich ist, zu trennen, was eigentlich zusammengehört.

Gerade wir in Baden-Württemberg wissen, dass die Europäische Union Frieden und Freiheit sichert und für die Wirtschaft in unserem Land – Produkte und Dienstleistungen – unverzichtbar ist. Selten gab es für ein Europaministerium spannendere Zeiten. Es ist gut, dass in der baden-württembergischen Landesregierung ein Europaministerium vorhanden ist – noch dazu ein gutes.

Ich bin froh, dass Minister Wolf und sein Ministerium als Erste unter den 16 Bundesländern eine umfangreiche Folgenabschätzung zum Brexit vorgenommen haben, in die zudem alle Ressorts eingebunden waren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Euro-Wolf! Das ist halt ein Euro-Wolf!)

Es ist richtig, dass Baden-Württemberg auf der Europaministertagung einen Antrag für die frühzeitige Beteiligung der Länder gestellt hat. Wir, die Bundesländer, müssen umfassend und regelmäßig informiert werden, weil es u n s angeht, wie es mit Europa weitergeht, weil es auch u n s e r e Zukunft ist, die durch den Brexit ins Schlingern geraten kann.

Ein zweites Thema beschäftigt uns: Die Kommission hat mit dem sogenannten Weißbuch Thesen zur Weiterentwicklung Europas vorgelegt. Das Fanal des Brexits hat bewirkt, dass eine Debatte um die Zukunft Europas in Gang kommt.

Wir hatten einen Tunnelblick aus Verordnungen, Regelwerken und Freihandelsdebatten, aber dabei hatten wir das Fundamentale aus den Augen verloren. Es war am 9. Mai 1950, als Robert Schuman nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Paris den Vorschlag zur Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gemacht hat. Ich zitiere – mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin – aus seinem Text:

Der Friede in der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Gefahren entsprechen, die den Frieden bedrohen.

(Sylvia Felder)

Die Gründung Europas ist also ein Instrument des Friedens. Das erklärt, warum die Europäische Union 2012 den Friedensnobelpreis in Empfang nehmen durfte: nicht nur als Würdigung der Geschichte, sondern als Aufruf an alle Verantwortlichen, dass Europa mehr ist als ein gemeinsamer Marktplatz und eine geschlossene Bastion, mehr als der bloße Wegfall von Roaminggebühren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Daher ist es schmerzlich, zu sehen, dass die Briten nicht mehr Teil dieser EU sein wollen. Daher ist es, meine Damen und Herren, auch gänzlich ausgeschlossen, dass jemand dazugehören könnte, der etwa für die Todesstrafe ist und der Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit torpediert.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Europa, meine Damen und Herren, ist nicht die Alternative für Deutschland, Europa ist die Haltung, die den Staaten dieses Kontinents gemeinsam ist und diese eint: Freiheit, Menschenwürde und Demokratie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, das von Kommissionspräsident Juncker Anfang März vorgestellte Weißbuch zur Zukunft Europas bildet eine gute Grundlage, um den Kern Europas, das Fundament aus Solidarität, Versöhnung und Freiheit, wieder mit einem Leuchten zu versehen. Auch hier in diesem Haus sollten wir dies für einen intensiven Diskussionsprozess nutzen und den europäischen Reformprozess aktiv begleiten.

In diesen breit angelegten Dialog- und Konsultationsprozess müssen wir selbstverständlich auch die Menschen in unserem Land mit einschließen. Deshalb begrüßen wir, die CDU-Landtagsfraktion, sehr, dass die Landesregierung mit den Bürgerinnen und Bürgern bei vielen Veranstaltungen im ganzen Land in einen Dialog über Europa tritt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Brexit zeigt, was auf dem Spiel steht. Es wird Zeit, dass wir darüber reden, welches Europa wir in Zukunft wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Gerhard Aden und Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich nun Herrn Abg. Frey.

(Zuruf: Ist er da?)

– Jetzt ist er da.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bravo! – Zuruf: Freude!)

Abg. Josef Frey GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigen Sie mein verspätetes Eintreffen. Die Aufgaben des Präsidenten des Oberrheinrats zwingen manchmal zu Randgesprächen mit unserer tüchtigen Verwaltung, der auch mein Dank in diesem Zusammenhang gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung zeigt mit dem vorgelegten Bericht, dass auch heute noch Schumans Regel vom 9. Mai 1950 gilt: „Europa ... wird durch konkrete Tatsachen entstehen“ und durch ständige Beziehungspflege auf der Basis gemeinsamer Werte und nicht nur durch Worte.

Auch wenn die Wahlergebnisse in Österreich, den Niederlanden und zuletzt in Frankreich zu begrüßen sind, hallt der Donnerschlag des Brexits doch noch nach. Die Zweifel der Bevölkerung, was die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union angeht, müssen wir auf jeden Fall ernst nehmen.

(Zuruf: Richtig!)

Das Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union und die Erklärung von Rom der Staats- und Regierungschefs sollen einen transparenten und bürgernahen Diskussionsprozess anstoßen. Das zunehmende Interesse der Zivilgesellschaft und die Bemühungen auf institutioneller Ebene begrüßen wir daher sehr. Wir unterstützen auch die Landesregierung darin, den Dialog- und Reformprozess zur Zukunft der Europäischen Union noch zu intensivieren.

Die neuen Bürgerdialoge, die auch Frau Staatsrätin Erler angeregt hat, sind nun ein erster Schritt in diese Richtung. Sie geben der Zivilgesellschaft in den Grenzregionen einen Raum und eine Stimme, mit denen sie ihre Vorstellung zum Zusammenleben im Zentrum eines friedlichen Europas artikulieren kann. Herzlichen Dank dafür.

Eines wissen wir heute mit Sicherheit: Die Gestaltung der Zukunft unserer europäischen Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft ist Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger und darf nicht nur den Eliten überlassen bleiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die Zusammenarbeit entlang der Grenzen zu unseren Nachbarländern bringt viele wichtige Erfahrungen für die europäische Integration. Dort werden frühzeitig Hemmnisse hinsichtlich der Kooperationsmöglichkeiten durch nationale Grenzen wahrgenommen und diese Hemmnisse beseitigt. Dort werden aber auch Chancen der Kooperation mit dem ausländischen Nachbarn schnell erkannt und oft auch die nationalen Grenzen in den Köpfen abgebaut. Wenn wir dies nutzen, dann führt das zu einem spürbaren Mehrwert für die Bevölkerung und kann das auch für andere Grenzregionen in der Europäischen Union als Erfahrungswert verwendet werden. Wir brauchen also noch mehr Straßenbahnen und Brücken wie die zwischen Straßburg und Kehl, damit Menschen zweier Nationen sich in Europa begegnen können.

Herzlichen Dank auch in diesem Punkt an die Landesregierung, verbunden mit dem Appell, diese Entwicklung zu fördern und auch diesen vorhandenen Wissensschatz in diesen Grenzregionen zu sichern.

(Josef Frey)

Mit diesen Erkenntnissen muss sich das Land Baden-Württemberg in den von Präsident Juncker angestoßenen Entwicklungsprozess der Europäischen Union einmischen, und zwar auch unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. Sicherheitspolitik, Klimapolitik, Wirtschafts- und Steuerpolitik, Flüchtlingspolitik und die ökologische Transformation der Wirtschaft können nur europäisch und solidarisch angegangen werden. Viele Dinge der kommunalen Daseinsvorsorge hingegen lassen sich auf der kommunalen und regionalen Ebene besser regeln.

Doch nicht nur der Europäische Rat und die Europäische Kommission müssen transparenter agieren; auch die Informationsrechte der nationalen und regionalen Parlamente müssen gestärkt werden.

Herzlichen Dank auch an dieser Stelle für die Bundesratsinitiative der Landesregierung im Hinblick auf die Brexit-Verhandlungen. Denn die Bundesregierung hatte zuerst versucht, die Bundesländer in Bezug auf diese Verhandlungen außen vor zu halten. Nicht nur die Intransparenz in den EU-Abläufen erbost die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Hinterzimmerpolitik der Bundesregierung in Europafragen trägt dazu bei, dass das Image der Europäischen Union schlecht ist.

Deshalb ist es auch gut, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem vor fünf Jahren ergangenen Urteil die Bundesregierung dazu verpflichtet hat, Parlamente so früh wie möglich über internationale Verhandlungen zu informieren. Seit dem Vertrag von Lissabon 2009 wäre das eigentlich selbstverständlich.

Baden-Württemberg als Bundesland wird deswegen selbstbewusst dieses Informations- und Mitwirkungsrecht immer wieder einfordern. Nur so können wir uns erfolgreich für eine demokratischere, transparentere und sozial gerechtere Europäische Union einsetzen. Lassen Sie uns diese Verantwortung auch hier in diesem Haus übernehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Es sollte jedem vernünftigen Menschen klar sein, dass es bei einem solch großen und jahrzehntelangen Projekt wie der EU immer wieder auch Rückwärtsoptionen geben muss, nämlich immer dann, wenn man einen falschen Weg eingeschlagen hat. Das ist im Übrigen auch völlig selbstverständlich; denn wenn man von etwas wirklich überzeugt ist, dann könnte man ja auch selbstbewusst eigene Fehler eingestehen und korrigieren.

Doch diese Erkenntnis kann man bei Vertretern der EU nicht erkennen. Dass die Menschen aus Europa bei diesem Projekt mitgenommen werden oder das Wie und Ob einer Integration bestimmen sollen, sofern diese Menschen das überhaupt wollen, das kommt in der Gedankenwelt von Brüssel gar nicht vor.

(Beifall bei der AfD)

Das Weißbuch zur Zukunft Europas stellt zwar verschiedene Szenarien vor, mit begrüßenswerten Ansätzen wie Szenario 2 oder Szenario 4. Die Option 6, nämlich ein Referendum über den Verbleib Deutschlands in dieser EU, fehlt jedoch erwartungsgemäß leider völlig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Künftig sind auch Bürgerdialoge vorgesehen. Das hört sich zunächst einmal positiv an. Aber wir wissen heuristisch, dass solche Bürgerdialoge zur EU eben keine ergebnisoffenen Debatten sein werden. Wir werden damit rechnen können, dass EU-Kritiker oder EU-Skeptiker keinen großen Stellenwert haben werden. Es soll und wird bei diesen sogenannten Dialogen wohl lediglich darum gehen, beim vermeintlich dialogbereiten Bürger für Akzeptanz für ohnehin schon Beschlossenes zu sorgen. Solche Veranstaltungen haben die Menschen in unserem Land nicht nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie schon Bürgerbeteiligung suggerieren, dann muss diese auch bindend sein und ergebnisoffen stattfinden.

Die Erklärung der derzeit Herrschenden vom 25. März 2017 unterstreicht das Ansinnen der EU, „noch mehr Einheit“ anzustreben. Dies sei übrigens – so heißt es darin auch – „unsere freie Entscheidung“. Aha! Wessen Entscheidung? „Unsere“ und „wir“ sind die Mehrheit der Bürger in Deutschland wohl jedenfalls nicht.

Weiter steht dort, dass „unsere Union ... ungeteilt und unteilbar“ sei. Aha! Man hätte doch eigentlich erwarten können, dass angesichts des Brexits etwas mehr Realismus und Demut in die Reihen der EU-Hochlober einkehrt.

(Beifall bei der AfD)

Doch diese leben noch immer in einer abstrusen EU-Bürokraten-Traumwelt. Der angesprochene Reflexionsprozess wird eben nicht ergebnisoffen sein. Die vorbestimmte Richtung bleibt leider klar, nämlich mehr Zentralismus, Einmischung und Macht von Brüssel sowie Zwangsgleichmachung der EU-Mitgliedsstaaten. Egal, was die Leute sagen.

Sie werden es uns, der AfD, und mündigen Bürgern nachsehen müssen, dass wir diesen derzeit leider noch herrschenden Parteien, die schon in der Vergangenheit ein Übermaß an Überregulierung, EU-Zentralismus und Bürokratie zugelassen, ja sogar gefördert haben, auch hier keinerlei Vertrauen entgegenbringen können.

(Beifall bei der AfD)

Auch die Aufstockung des Finanzrahmens zeigt, wo die Prioritäten der EU liegen: annähernd vier zusätzliche Milliarden für Migrationsprobleme und angebliche Migrationsursachen. Vor bald zwei Jahren hat Angela Merkel die Grenzen geöffnet – für mehr als eine Million größtenteils unkontrolliert hereinströmende, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen beispielsweise auf unsere innere Sicherheit. Merkel hat damit eine Migrationswelle ausgelöst, die sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa ausgewirkt hat. Von einer irgendwie gesellschaftlich tragbaren oder gar nachhaltigen Lö-

(Dr. Heiner Merz)

sung ist bis jetzt jedoch leider immer noch nichts zu erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie in Baden-Württemberg und in Deutschland versucht man auch in Brüssel, durch Geld und durch eine Symbolpolitik eine Verantwortung von sich zu weisen. Damit dürfte niemandem geholfen sein – außer dem Gewissen einer Herrscherclique und den Vertretern der „Asylindustrie“. Die Umverteilungspolitik der EU entlastet keinen Staat spürbar und belastet vor allem Deutschland. Also auch hier

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn er wenigstens vorlesen könnte!)

aus Brüssel nichts Neues. Doch der Unmut breiter Bevölkerungsteile in Europa wird inzwischen wenigstens wahrgenommen. Jetzt fehlt nur noch, dass dieser Unmut auch ernst genommen wird und dass irgendwelchen blumigen, beschönigenden und beruhigenden Bundestagswahlkampfversprechen dann auch ebensolche Taten folgen – was mich, mit Verlaub gesagt, jedoch sehr stark zweifeln lässt.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich dem Kollegen Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wer morgens unvoreingenommen die Zeitung aufschlägt und dann eine solche europaabgewandte Rede hält, kann eigentlich nicht von dieser Welt sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Schaut doch mal euren Schulz an, was er aus Europa gemacht hat!)

Die dringliche Lage Europas, Kolleginnen und Kollegen, lässt keinen bloßen Rückblick auf das erste Quartal 2017 zu, dem der Europabericht ja eigentlich galt. Ich möchte mich deshalb für die SPD-Landtagsfraktion zu einigen aktuellen politischen Positionen äußern, welche Baden-Württemberg massiv betreffen, innereuropäisch, transatlantisch und auch global.

Ausgangsposition ist unsere Eigenwahrnehmung. Baden-Württemberg ist mehr als das fleißig-merkantile Exportland, das Waren in die Welt exportiert, um damit für sich zu Recht wohlhabend zu werden und auch eigen zu bleiben. Baden-Württemberg ist ganz im Gegenteil heute das soziale und ökonomische Labor im Herzen Europas, das auf Dauer nur dann Erfolg hat, wenn es „international verflochten“ nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und kulturell definiert, wenn es seine Interessen verfolgt und andere Interessen versteht und respektiert. Zu lange hat Baden-Württemberg sich verkürzt definiert und etikettiert, weil es halt in den Kram gepasst hat, weil es bequemer war. Damit, meine Damen und Herren, muss in der heutigen Weltlage Schluss sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir brauchen eine neue Definition der Interessen in Deutschland und in Baden-Württemberg sowie eine neue Deutung unserer Rolle in Europa und global. Wer das Europa der Regionen will, wer von Subsidiarität redet, kann sich aus dieser Debatte nicht ausklinken und sagen: Das macht Berlin; das ist Außenpolitik. Dann muss man diese Debatte vielmehr auch hier im Landtag von Baden-Württemberg führen, was die Rolle Baden-Württembergs in der Welt ist, meine Damen und Herren. Ich sehe nicht – aber ich lasse mich überraschen –, dass die grün-schwarze Landesregierung dazu die Kraft, die Fantasie oder die Einigkeit besitzt; jedenfalls habe ich nichts dergleichen gehört, wenn ich einmal von dem Geständnis des Ministerpräsidenten absehe, dass er jeden Tag für die Bundeskanzlerin bete. Ansonsten würde ich mir wünschen, dass wir hier Kante zeigen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir könnten die SPD in die Gebete einschließen!)

– Das brauchen wir nicht. – Weil wir klare Positionen anstelle von seichter Rhetorik brauchen, Herr Kollege, möchte ich für unsere Fraktion einige Dinge beleuchten. Erstens: Was wünschen wir uns an den außereuropäischen Grenzen? Zweitens: Was ist Baden-Württembergs transatlantisches Interesse? Drittens: Welches Europa wollen wir eigentlich?

Zur ersten Frage: Alle aktuellen Krisen – Ukraine, Nahost und Griechenland – sind an der europäischen Haustür verortet. Unser Land hat wirtschaftlichen Erfolg und sichert damit Arbeitsplätze, wenn wir hier wieder Stabilität haben. Für die USA und China sind die Krisenherde aber weit entfernt, und für Russland ist Stabilität nicht unbedingt wünschenswert.

(Abg. Anton Baron AfD: Dann werden die Russland-sanktionen eingeführt!)

Sie alle können mit Instabilität in Europa gut leben. Es ist nicht deren Interesse, Stabilität in Europa zu haben – unseres schon. Deshalb muss Baden-Württemberg, Kolleginnen und Kollegen, ein Interesse an einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik haben. Das ist doch ganz klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich würde mich schon freuen, wenn es zur Frage „Mehr oder weniger Europa?“ eine Position der Landesregierung gäbe.

Nächster Punkt: Wie antworten wir auf die Migrationsherausforderungen der kommenden Jahre? In den Ländern Schwarzafrikas – von Staaten kann man ja wohl oft kaum mehr sprechen – darben und warten 200 oder 300 Millionen Menschen, potenzielle Flüchtlinge, die vielleicht bald aufbrechen. Bekämpfung der Fluchtursachen ist ein wohlfeiler Begriff geworden. Wir warten – –

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit Ihrer Entwicklungshilfe? Die hat nichts, gar nichts gebracht!)

– Herr Kollege, Sie können gern immer ein bisschen dazwischenreden, aber besser wird es dadurch nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Im Gegenteil! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Peter Hofelich)

Wir warten auf die konkreten Ansagen im Landeshaushalt 2018/2019, wir erwarten ein Konzept zum Thema Afrika, wie Baden-Württemberg mit dem Mittelstand und Handwerk spezifische Beiträge für unseren Nachbarkontinent Afrika leisten kann. Wir werden es nicht allein heben können, aber Tatsache ist, dass ich gern schon einmal sehen würde, was von unserem Land aus passiert, meine Damen und Herren. Wir warten auf Ihre entsprechenden Initiativen.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden hier nicht über Gutmenschentum, sondern wir reden über unsere eigenen Interessen.

Zur Türkei – Stichwort Außengrenzen –: Wenn Außenminister Gabriels letzte Versuche nicht fruchten, muss die Militärbasis Incirlik geräumt werden.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ein Zwischenton: Ich kann die Sorge der Türken hierzulande zwar nicht verstehen und akzeptieren, aber dennoch nachvollziehen, wenn sie sich für ihr Herkunftsland Autorität und Ordnung wünschen. Wir haben die Ergebnisse des Referendums noch in Erinnerung. Bei Einschränkungen von Menschenrechten und demokratischen Freiheiten – gerade wenn es um die Todesstrafe geht – ist aber die rote Linie überschritten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Dann müssen wir in Baden-Württemberg mit den hiesigen türkischen Landsleuten darüber reden, entweder in Moscheen oder besser auf politischen Veranstaltungen.

Die Zeit rennt davon. – Mein zweiter Punkt: unser transatlantisches Interesse. Hier in Stuttgart hat Byrnes die „Speech of Hope“ gehalten. Das war unser Wiedereintritt in die Weltgemeinschaft und den Wohlstand. Auch nach 70 Jahren gibt es dafür nur pure Dankbarkeit. Aber seit den späten Siebzigerjahren wandelt sich Amerika: mehr mit Bezug nach innen und wenn nach außen, dann eher Richtung Pazifik. Das ist auch klar. Das liegt an der hispanischen Bevölkerung und anderem. Wir sind nicht mehr so präsent in Amerika.

(Abg. Anton Baron AfD: „Wir sind nicht mehr so präsent in Amerika!“ Das ist lächerlich! So ein Quatsch!)

Deswegen muss man etwas dafür tun. Trump ist vielleicht der bizarrste und exzentrischste Vertreter, den wir jemals kennengelernt haben. Aber dass es distanzierte US-Präsidenten gibt, ist nichts Neues für uns. Das hat sich angedeutet. Deshalb rate ich zu weniger Pseudoüberraschung und rate eher dazu, uns dazu zu bekennen, in Amerika auch präsent zu sein und dort auch in die Meinungsbildung zu gehen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

z. B. dort, wo es den Swing bei den Wahlen gab, rund um die Großen Seen in altindustrialisierten Gebieten, wo man sich natürlich die Frage stellt: Wie sieht es mit dem Leistungsbilanzüberschuss von Deutschland aus? Das sind die Themen, die gerade eine Rolle spielen.

Deswegen sage ich: Wir brauchen eine klare Definition unserer Interessen gegenüber Amerika, aber der Amerikadialog als

solcher muss in Baden-Württemberg weiterhin eine gute Kultur haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Damit bin ich bei meinem Schlusssatz.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, danke.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, ich respektiere Ihren Hinweis. – Wir brauchen keine Diskussion darüber, ob wir die Variante 3 oder 4 aus dem Weißbuch favorisieren; wir brauchen vielmehr eine Diskussion, dass wir in Baden-Württemberg Ja sagen zu Europa. Wir brauchen in unserem Interesse auch ein gezieltes Mehr an Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Auflösung der EU ist dank der Weitsicht der französischen und der niederländischen Wähler verhindert worden, auf jeden Fall auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Einen Sieg Le Pens in Bezug auf Europa mag man sich gar nicht vorstellen. Dieses Damoklesschwert schwebte über Europa, obwohl niemand – auch nicht die Politik und die Presse – wohl so richtig daran geglaubt hat.

Für uns Freie Demokraten als überzeugte Europäer ist klar: Seit 70 Jahren ist Europa immer die Zukunft. 500 Millionen Menschen leben in friedlicher Kooperation in einem der wohlhabendsten Wirtschaftsräume der Welt. Die EU ist der Ort, wo Menschen auf 4 Millionen km² eine einzigartige Vielfalt von Kulturen, Ideen und Traditionen genießen können.

Europa ist eine der wenigen Regionen der Welt, wo der Rechtsstaat das Faustrecht abgelöst hat. Es ist ein Ort des friedlichen Zusammenlebens, des freien Handels, der Freizügigkeit, des freien Personenverkehrs, des freien Kapital- und Dienstleistungsverkehrs – eben der vier Grundfreiheiten, die die EU als freiwilligen Zusammenschluss von souveränen Staaten einzigartig in der Welt machen.

Es ist wie im richtigen Leben: Was man schon lange besitzt, wird nicht mehr wertgeschätzt. So ähnlich kommt mir das verantwortungslose Gerede über Europa, dessen Zukunft und auch dessen Entwicklung vor. Natürlich: Der souveräne, selbst verfasste Nationalstaat ist immer noch ein Erfolgsmodell, und der multinationale Rechtsstaat Roms mit römischem Bürgerrecht auch in den entferntesten Provinzen leuchtet leider nur wie ein ganz schwaches Licht aus der Vergangenheit auf die heutigen Staaten Europas.

Wenn uns, sehr geehrte Damen und Herren, doch sehr viel mehr bewusst wäre, dass Europa keine geografische Einheit darstellt, sondern seine kulturelle Identität auf der Aufklärung und auf den Hügeln von Golgatha, des Areopags und des Kapitols begründet worden ist, dann würden die Politiker sich

(Dr. Gerhard Aden)

sehr viel mehr bemühen, dies auch in das Bewusstsein der Bürger zu bringen.

Aber unabhängig von solchen Bemerkungen: Auch aus rein pragmatischen Gründen brauchen wir ein geeintes Europa. Das Gewicht Europas nimmt in dem Maße ab, wie andere Teile der Welt wachsen. Im Jahr 1900 lebte rund ein Viertel der Weltbevölkerung in Europa. 2060 werden es weniger als 5 % sein. Keiner der Mitgliedsstaaten wird dann mehr als 1 % der Weltbevölkerung stellen.

Ich hoffe, sehr geehrte Damen und Herren, dass der Auftritt von Trump in Brüssel und in Sizilien ein Weckruf für die EU war.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Wie soll denn in Zukunft die Stimme Europas im Konzert der Großen gehört werden? Doch nicht dadurch, dass man Europa nur als einen großen Besteuerungs- und Versicherungsverein betrachtet, als Bürokratiemonster,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

das uns Vorschriften für die tägliche Lebensführung macht. Ich will ja nicht von einem europäischen Bürgerrecht sprechen. Aber im Grunde muss sich die EU in diese Richtung entwickeln.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dazu gehört natürlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ferner darf keine Rosinenpickerei betrieben werden, und Rechte und Pflichten müssen nach Gesetz und nach Absprachen befolgt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Natürlich sträuben sich zurzeit noch die Nackenhaare, wenn Herr Macron ein europäisches Finanzministerium fordert.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

In gleicher Manier könnte die deutsche Bundesregierung z. B. fordern, den französischen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu europäisieren. Dafür ist die Zeit noch nicht reif. Aber eigentlich, sehr geehrte Damen und Herren, muss sich Europa genau in diese Richtung entwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ein Punkt scheint mir in dieser Diskussion ganz wichtig; da müssen wir Deutschen immer sehr diplomatisch vorgehen. Ressentiments gegenüber den Deutschen sind in manchen Hauptstädten Europas noch verbreitet. Wir müssen auf jeden Fall dafür sorgen, dass die EU nicht als ein deutsches Projekt zur Hegemonisierung Europas gesehen wird.

Ich komme zum Schluss.

60 Jahre Römische Verträge, 70 Jahre Frieden und Zusammenarbeit in Europa, die vier Grundfreiheiten verteidigen, souveräne Rechte nicht einschränken, den Bürgern erklären,

dass die EU mehr ist als eine Freihandelszone, die kulturelle Vielfalt bewahren, Lasten, Rechte und Pflichten gerecht verteidigen, sich in Not gegenseitig unterstützen – das war und ist die Zukunft der EU.

Ganz zum Schluss, sehr geehrte Damen und Herren, ein Ceterum censeo: Die EU ist in allererster Linie ein Friedensprojekt.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Jürgen Filius GRÜNE und Andreas Kenner SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf das Wort.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist verstärkt in aller Munde, und das ist gut so. Dies zeigt, dass die aktuelle Stimmungslage, die Krisen in Europa und auf der ganzen Welt dazu geeignet sind, innerhalb Europas für ein neues europäisches Verständnis zu werben. Und wenn am Ende dieses schwierigen Prozesses auch die Erkenntnis Platz greift, dass wir zu dem gemeinsamen Projekt eines friedlichen und freiheitlichen Europas mehr denn je und bewusst stehen müssen, hat diese krisenhafte Situation durchaus ihren Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Europapolitik ist in diesen Tagen mehr als Fachpolitik, Europapolitik ist in diesen Tagen ein Stück Weltpolitik. Denn es geht längst nicht mehr nur um die Herausforderungen im Innern, um die innereuropäischen Probleme, es geht um unseren Platz in der Welt.

Der G-7-Gipfel in Taormina auf Sizilien hat allen vor Augen geführt, dass wir gerade eine zumindest vorübergehende Zeitenwende erleben. Der Westen, wir, die freien Demokratien und Rechtsstaaten der westlichen Welt, stehen seit dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten vor einer ungewohnten Situation. Unser stärkster Partner ist dabei, in wichtigen Politikfeldern aus der seit Jahrzehnten gewohnten Phalanx des Westens auszuscheren und teilweise sogar auf Konfrontationskurs zu gehen.

So sendet der amerikanische Präsident in der Verteidigungspolitik verstörende und widersprüchliche Signale, und beim Handel oder beim Klimaschutz rührt er am Bestand gemeinsamer Überzeugungen und Werte. Der trumpsche Ruf „America first“ klingt in europäischen Ohren nach Abschottung und Isolationismus.

Unsere Bundeskanzlerin hat in diesen Tagen zutreffend gesagt: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei.“ Und weiter: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“ Das ist der klare Auftrag, uns nicht darauf zu verlassen, dass andere uns folgen. Europa muss sein Schicksal in die eigene Hand nehmen. Das ist die Herausforderung, das ist aber auch die Chance in dieser schwierigen Zeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

(Minister Guido Wolf)

Unsere europäische und bislang auch transatlantische Tradition setzt auf Zusammenarbeit und Partnerschaft, setzt darauf, dass freie Völker und demokratische Staaten zusammenstehen, ihre Werte und Interessen gemeinsam verteidigen und damit ein Beispiel geben. Wenn die USA diesen Weg nun zumindest vorläufig nicht mehr mitgehen wollen, dann kommt es noch mehr auf uns Europäer an, darauf, dass wir unbeirrt an unseren Überzeugungen festhalten.

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesen Prozess – Kollege Hofelich hat es angesprochen – eines „Mehr Europa“ in bestimmten Bereichen eintreten, dann sind wir uns abstrakt häufig einig. Schwierig wird es dann, wenn es konkret wird, wenn es um Details geht. An unseren Überzeugungen festhalten – dazu gehört für mich auch das Eintreten für freien Handel und wirtschaftliche Partnerschaft. Wir in Europa, in Deutschland und in Baden-Württemberg gehören zu den Gewinnern des Freihandels.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Willi Stächele CDU: Absolut richtig!)

Gerade Baden-Württemberg als Exportregion, gerade die Unternehmen und die Arbeitnehmer bei uns im Land profitieren in hohem Maß davon. Wenn sich die US-Amerikaner abschotten wollen – womit sie übrigens Zehntausende von Jobs, die deutsche Firmen in den USA geschaffen haben, gefährden würden –, dann müssen wir Europäer ein Zeichen gegen diesen Isolationismus setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Willi Stächele CDU: Sehr richtig!)

Dazu gehört, dass wir uns handelspolitisch breit aufstellen. Es laufen Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten Südamerikas sowie mit Japan. Selbst mit China gibt es in Sachen Freihandel inzwischen mehr und mehr Gemeinsamkeiten. Doch was könnte ein deutlicheres Zeichen in Richtung Washington sein, als wenn wir Europäer nun mit dem nordamerikanischen Nachbarn der USA, mit Kanada, enger zusammenrücken würden?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich sage das bewusst, auch in Kenntnis der durchaus differenzierten Positionen, die auch innerhalb dieser Landesregierung bestehen. Aber wäre CETA nicht ein kraftvolles Zeichen europäischen Selbstbewusstseins in dieser Situation?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dieses Abkommen würde zeigen, wie faire Handelsbeziehungen gestaltet werden können. Es würde zeigen, dass die transatlantischen Beziehungen zumindest zu Kanada funktionieren und dass die trumpischen Abschottungstendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks abgelehnt werden.

(Beifall des Abg. Willi Stächele CDU – Abg. Willi Stächele CDU: Wichtiger denn je!)

Ich wünsche mir deswegen, dass CETA endlich vom Bundestag verabschiedet wird und wir damit dann im Bundesrat die Chance haben, über dieses Abkommen zu befinden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordnetenkollegen Dr. Schweickert?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich freue mich über die Aussage, man freue sich darauf, dass das Thema in den Bundesrat kommt. Mich würde nur interessieren: Wird die Landesregierung dem Ganzen im Bundesrat dann auch insgesamt zustimmen? Oder artikulieren Sie gerade nur die Meinung des Ministeriums der Justiz und für Europa?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Professor Schweickert, ich verstehe Ihre Ungeduld.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Er hat bisher durchaus Geduld bewiesen!)

Wir werden diese Entscheidung der baden-württembergischen Landesregierung – so, wie wir dies immer tun – sehr präzise und gründlich vorbereiten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Ich werde als Europaminister in diesem Entscheidungsprozess dafür werben, dass wir zustimmen. Aber das ist zum derzeitigen Moment eine in der Landesregierung noch nicht abgestimmte Position.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nicht ungewöhnlich!)

Ich sage in dieser Situation nur: Wenn wir uns ständig darüber auseinandersetzen, wie wir auf die amerikanischen Bemühungen um Isolationismus und Abschottung reagieren, dann ist jetzt die Stunde, darüber nachzudenken, wie wir in Europa ein Zeichen der Zusammengehörigkeit und des gemeinsamen Miteinanders setzen. Diese Stunde ist jetzt gekommen, und dazu haben wir nun die Chance.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dass wir in diesem Prozess – das haben wir des Öfteren gesagt – auf die Sorgen der Bürger, auf die Herausforderungen vor Ort eingehen müssen, ist selbstverständlich. Freihandel ist kein Selbstzweck, und die EU tut gut daran, die Mitgliedsstaaten zu beteiligen; auch das ist angeklungen; Kollege Frey hat die verstärkten Anforderungen auch an eine föderale Beteiligung benannt.

Ich begrüße deshalb auch das Gutachten des EuGH vom 16. Mai 2017 zum Handelsabkommen der EU mit Singapur. Der Gerichtshof hat über den Einzelfall hinaus klargestellt, dass die nationalen Parlamente zu beteiligen sind, wenn komplexe Handelsabkommen vereinbart werden.

(Zuruf des Abg. Josef Frey GRÜNE)

Diese Rückkopplung an die europäische Basis, an die Bedürfnisse der Bürger ist zwingend notwendig. Wir vonseiten der Länder haben damit im Bundesrat die Möglichkeit und die

(Minister Guido Wolf)

Pflicht, uns unserer innerstaatlichen Verantwortung zu stellen und im Interesse der Menschen und der Unternehmen im Land die richtigen Weichen zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sind die geschilderten äußeren Herausforderungen der nötige Impuls, der Europa von seiner Nabelschau befreit und Europa aus seinen inneren Querelen, ja, seiner zeitweise spürbaren Verzagtheit herausholt.

Europa muss wieder spüren, dass es selbst Verantwortung auf allen Feldern übernehmen und von der Reflexion wieder in die Aktion kommen muss. Dafür braucht Europa einen starken Motor. Ich bin froh, dass seit der Wahl Emmanuel Macrons der deutsch-französische Motor wieder anspringt und Berlin und Paris wieder eine Achse bilden. Es kommt mehr denn je auf Europa an.

Wenn ich „Europa“ sage, wäre es, liebe Kollegen von der AfD, die Sie so viel an Europa kritisieren,

(Zuruf von der AfD: An der EU-Bürokratie, nicht an Europa!)

wünschenswert, dass Sie sich auch mit den positiven Aspekten Europas auseinandersetzen. Nicht nur motzen, mitwirken! Das ist die Devise für Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Mitwirken? Das sind doch Abnickparlamente! Unglaublich!)

Kollege Hofelich hat zu Recht das Verhältnis zur Türkei angesprochen. Ich muss gestehen, das treibt natürlich auch mich und die Landesregierung derzeit wie kaum ein anderes Thema um. Wir haben mit großer Sorge – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rottmann?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Kollege Rottmann, bitte schön.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielen Dank, Herr Minister. – Das ist eine Frage, die ich teilweise auch den Vorrednern stellen müsste: Inwieweit unterscheiden Sie zwischen Europa und der EU? Denn wir, die AfD, tun das. Wir kritisieren nicht Europa, sondern die EU. Unterscheiden Sie zwischen Europa und der EU?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Ich habe meine Zweifel – ob das für Sie gilt, weiß ich nicht –, ob Ihre Partei immer diese saubere Differenzierung zwischen Europa und Europäischer Union vornimmt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich habe auch im Zuge der französischen Wahlen manches aus Ihren Reihen gehört, was mich daran zweifeln lässt. Europa

und Europäische Union: Ja, wohl wahr: Das eine ist Europa als große Wertegemeinschaft,

(Zuruf von der AfD: Ja!)

das andere ist die Institution. Aber ich finde, wir sollten auch nicht alles an dieser Institution schlechtreden. Denn wer die Europäische Union schlechtredet, schadet auch Europa.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich will noch einmal auf den Kollegen Hofelich zurückkommen, was das Verhältnis zur Türkei angeht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa muss mehr denn je auch Kante zeigen, wenn es um die Wahrung europäischer Werte geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: So ist es!)

Wenn sich ein Volk mehrheitlich für ein neues Präsidialsystem entscheidet – übrigens mit einer weit überdurchschnittlichen Mehrheit der in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken; daher treibt mich nachhaltig die Frage um, ob da nicht in Sachen Integration etwas völlig schiefgelaufen ist –

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und die erste Konsequenz dieses neuen Präsidialsystems in der Türkei ist, dass der Präsident die Einführung der Todesstrafe ankündigt, dann hat dieses Land nach meinem Verständnis mit der europäischen Werteordnung nichts mehr zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der SPD)

Eines der für Europa wichtigen Zukunftsthemen ist zweifelsohne der Brexit. Nach der Phase der politischen Bewertung des Brexits für Europa und für unser Land – Kollegin Felder hat die Brexitfolgenabschätzung der Landesregierung angesprochen – beginnt nun die Phase der konkreten Verhandlungen. Die erste Sitzung der Ratsarbeitsgruppe Brexit hat am 23. Mai stattgefunden. Die ersten Verhandlungen mit Großbritannien werden direkt nach den dortigen Wahlen Mitte Juni erwartet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht hat sich Theresa May ein bisschen verzoockt. Wenn man die Stimmungslage in Großbritannien kurz vor den Wahlen anschaut, dann muss man sagen: Das Ergebnis dieser Wahlen könnte dazu führen, dass der zukünftige Prozess in Großbritannien noch schwieriger wird. Wir stehen jedenfalls vor komplexen und schwierigen Zeiten.

Wir sind weiter mit dem Bund in Verhandlungen, um die Beteiligung der Länder an den Brexitverhandlungen sicherzustellen. Doch noch gibt es erhebliche Widerstände vonseiten des Bundes. Als überzeugter Landespolitiker sage ich: Ich erwarte von unserer Bundesregierung, dass sie in einem solchen Prozess die berechtigten Belange und Interessen der Länder nicht ausblendet, sondern sie mit an den Tisch nimmt, wenn es darum geht, über die Folgen des Brexits zu befinden. Auch das hat etwas mit funktionierenden föderalen Strukturen zu tun.

(Minister Guido Wolf)

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir treffen uns noch an diesem Freitag mit Staatsminister Roth vom Auswärtigen Amt in Berlin, und wir werden auch dort aus dem Kreis der Europaminister nochmals klar auf die zwingende Beteiligung der Länder hinweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen letzten Aspekt ansprechen. Es geht mehr denn je darum, dass wir – neben all der rationalen Positionierung zu Europa – aus Europa auch wieder eine Herzenssache, eine Herzensangelegenheit werden lassen. Ich glaube, da gibt es auch im eigenen Land viel zu tun. Wir müssen den Menschen die Errungenschaften der europäischen Einigung verdeutlichen. Das sind im Großen Frieden, Freiheit und Wohlstand. Aber noch spürbarer ist Europa im Kleinen: Offene Grenzen, kommunale Partnerschaften, Austauschprogramme für Schüler und Studenten machen aus der Idee von Europa ganz konkrete Alltagserfahrungen. Diese Stärken Europas müssen wir kommunizieren.

Das Staatsministerium und das Europaministerium werden einen flächendeckenden Prozess anstoßen, der Europa wieder positiv ins Gespräch bringen soll. Mit Bürgerdialogen, Expertenforen wollen wir über die Zukunft Europas diskutieren, den Menschen verdeutlichen: Nie war es wertvoller als heute, sich über die Zukunft Europas Gedanken zu machen.

Wie gut die Kommunikation der schönen Seiten Europas funktioniert, haben wir Anfang Mai anlässlich der Europawoche gesehen. Es gab zahlreiche Aktionen mit kleineren und größeren Partnern, mit den Kommunen, den anderen Ressorts und vielen Akteuren. Es freut mich auch als Europaminister, Herr Präsident, dass der Landtag von Baden-Württemberg in Europathemen so aktiv ist, beispielsweise mit Veranstaltungen und Debatten in der Europawoche. Wir müssen Europa immer wieder ganz bewusst zum Thema machen.

Was mich in besonderer Weise freut, ist das aktuelle Interesse von Schulen, von Schülerinnen und Schülern an Europa. So wollten auch an der Europa-Jugendveranstaltung des Landtags weit mehr Schulen teilnehmen, als letztlich möglich war.

Ich bin der festen Überzeugung: Viele junge Menschen merken zunehmend, dass zahlreiche Annehmlichkeiten ihres Alltags unmittelbar mit Europa und der europäischen Einigung zusammenhängen. Sie spüren, dass die Angriffe der Populisten auf Europa nicht nur anonyme Institutionen, sondern ganz direkt ihre Art zu leben bedrohen. Die Europäerinnen und Europäer wehren sich – an der Wahlurne, in der Öffentlichkeit. Ich bin überzeugt, die Krisen der vergangenen Jahre bilden inzwischen ein europäisches Bewusstsein heraus, das klar sagt: Wir lassen uns Europa, wir lassen uns dieses Projekt für Frieden, Freiheit und Wohlstand nicht kaputt machen. Gut so!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt ein überzeugter Europäer!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Europa, die Wertegemeinschaft, Menschenwürde, Demokratie: Heißt das, dass die Briten die Menschenwürde jetzt weniger authentisch vertreten, wenn sie nicht mehr in der EU sind? Heißt das, dass die Norweger, die Schweizer schlechtere Demokraten sind als die „Supereuropäer“, die Deutschen?

So etwas kann man doch nicht in den Raum stellen, meine Damen und Herren! Sie verknüpfen hier eine Organisationsform mit bestimmten Werten, ja noch schlimmer: Sie unterstellen, dass man diese Werte nur realisieren kann, wenn man diese bestimmte Organisationsform – die Organisationsform der EU – annimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So ein Kappes! Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Diese Moralisierung der EU, dieses pastorale Gehabe, diese Wertehybris sind entscheidende Punkte dafür, dass die EU bei den Leuten so unglaublich ist und dass sie immer mehr Menschen im Land auf den Senkel geht, und zwar ganz gehörig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Davon sollten wir Abstand nehmen. Nun sagt man: „Ja, wir haben doch den Friedensnobelpreis gewonnen, da muss doch was dran sein.“ Meine Damen und Herren, der Friedensnobelpreis wird immer mehr zur Farce, wenn das so weitergeht. Wenn die EU einen Nobelpreis verdient, dann würde ich vorschlagen: den für moralische Hochnäsigkeit und für scheinheilige Selbstüberschätzung.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 16/1987. Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/1958, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen – Drucksache 16/890

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die SPD-Fraktion dem Kollegen Born.

Abg. Daniel Born SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn zwei Menschen aus Liebe Ja zueinander sagen, ist das etwas Wunderbares.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie Angela Merkel und Sigmar Gabriel! – Heiterkeit)

(Daniel Born)

Wenn zwei Menschen nicht nur zusammenhalten, sondern auch füreinander eintreten, ist das etwas Wunderbares. – Irgendwie habe ich gewusst, dass dann, wenn man hier über die Liebe spricht, sofort die Grünen wieder wach werden.

Das Institut der Ehe schützt dieses Paar, und unser Staat, dessen Grundgesetz in der letzten Woche Geburtstag hatte, schützt dieses Institut der Ehe. Das Grundgesetz mit seiner klaren Haltung zu Demokratie, Toleranz, Gleichberechtigung, Antidiskriminierung und Menschenwürde hat auch die Ehe, die Lebens-, die Wirtschafts-, die Verantwortungsgemeinschaft zweier Menschen in seine Grundrechte gestellt, und es ist ein Skandal, dass dieses Recht Lesben und Schwulen auch im Jahr 2017 weiter vorenthalten wird.

(Zuruf von der AfD: Warum? – Abg. Rüdiger Klos
AfD: Was für ein Quatsch!)

Das sehen 83 % der Bevölkerung so. 83 % der Bevölkerung sagen: „Es gibt keine Liebe erster und zweiter Klasse. Es ist respektlos, Lesben und Schwulen das Recht auf Ehe und gemeinsame Adoption von Kindern abzusprechen.“ 83 % der Bevölkerung sagen: „Wir wollen die Ehe für alle.“ Das ist die eindeutige Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Anteil von 83 % ist es nicht von allein gekommen. Die 83 % stehen als Zwischenerfolg eines langen Weges des Protests, der Niederlagen, der Erfolge, der Diskussionen und der kleinen Schritte. Sie wurden wortwörtlich überzeugt von den Emanzipationsbewegungen und den CSDs, den vielen Initiativen, den Gruppen vor Ort, den Freundinnen und Freunden im Bekannten- und Kollegenkreis, von den Regenbogenfamilien und von mutigen Demokratinnen und Demokraten an den Infoständen, auf den Protestzügen, in den Parteien.

Diese Mehrheit wurde auch mit dem Blick in unsere Nachbarländer erkämpft. Denn wir empfinden es zu Recht als Blamage, dass die Ehe für alle westlich und nördlich von uns Normalität ist und wir in Deutschland ins Hintertreffen geraten sind. 14 Staaten in Europa haben die Ehe für alle. Diese Mehrheit in der Bevölkerung von 83 % wurde auch von Baden-Württemberg mit erkämpft,

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

von einem Land, das seit 2011 auf besonders nachhaltige und glaubwürdige Weise an der Seite derer stand und steht, die sich für Akzeptanz, Toleranz und gleiche Rechte einsetzen. Dazu gehört die Ehe für alle. Unser Land hat nicht nur mit dem Aktionsplan unter Sozialministerin Katrin Altpeter, der sich zu einem gelingenden Aktionsbündnis weiterentwickelt hat, und der Reform des Bildungsplans unter Kultusminister Andreas Stoch, der Öffnung aller Standesämter für die Eintragung der Lebenspartnerschaft, der Angleichung der Beihilfe und der Hinterbliebenenversorgung, sondern auch mit einem Gesetzentwurf für die Ehe für alle im Bundesrat deutlich gemacht, was es heißt, für eine diskriminierungsfreie und tolerante Gesellschaft politisch und faktisch einzutreten.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Es ist gut und glaubwürdig und wichtig, wenn aus Baden-Württemberg immer wieder aufgezeigt wird, dass man es nicht

länger akzeptieren kann, wenn ein Teil der Bevölkerung in unserem Land diskriminiert wird. Aus diesem Grund hat sich die grün-rote Landesregierung 2011 den Einsatz für die Ehe für alle auf die Fahnen geschrieben. Es ändert nichts an der Zuständigkeit des Bundes, wenn die Länder immer wieder klar Haltung beziehen. Denn dass ein Teil der Bevölkerung in unserem Land fortlaufend diskriminiert wird, hat die Landesregierung und hat das Landesparlament zu beschäftigen.

Die Zuständigkeit liegt beim Bund, die Verantwortung liegt bei uns allen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ein Signal aus Baden-Württemberg unterstützt die, die sich jeden Tag dafür einsetzen, dass die Ehe für alle endlich umgesetzt wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Bundesregierung!)

Um es ganz deutlich zu machen: Wenn wir das heute beantragen, geht natürlich ein Fingerzeig nach Berlin. Es wäre frustrierend, wenn es in dieser Legislaturperiode im Bundestag nicht gelingen würde, eine Reform zu beschließen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das heißt, Sie gehen davon aus! Warum dann der Antrag jetzt?)

Es wäre frustrierend für die Menschen, frustrierend für meine Partei. Auch in dieser Legislaturperiode – das ist aber auch die ganze Wahrheit – kann es – –

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Da gibt es ja gerade viele Frustrationen für die SPD! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rottmann?

Abg. Daniel Born SPD: Nein, ich bin gerade so in Fahrt.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie ist es dann, wenn Sie ruhig sind?)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gut.

Abg. Daniel Born SPD: Auch in dieser Legislaturperiode gab es Fortschritte. Ich möchte nur die dringend gebotene Rehabilitierung der Opfer des § 175 StGB erwähnen, die im Bundesrat vor allem durch den Einsatz von Berlin und Niedersachsen noch fundierter aufgestellt werden konnte und der auch Baden-Württemberg zustimmte. Dass der Staat nun anerkennt, dass massiv Unrecht gesprochen und zu Unrecht verfolgt wurde, und den Opfern eine Entschädigung zahlt, ist menschliche und rechtliche Pflicht.

Ich sage ganz offen: Dadurch wird einmal mehr auch deutlich: Es hat noch keine SPD-Regierungsbeteiligung im Bund oder im Land gegeben, ohne dass es relevante Fortschritte bei der Gleichstellung gegeben hat.

Weil uns noch dieser letzte Meter zur Ehe für alle fehlt, sage ich: Entweder wir schaffen das in dieser Legislaturperiode, oder – wenn uns das nicht gelingen sollte, Herr Kollege – wir schaffen das in den ersten 100 Tagen der neuen Legislaturperiode,

(Daniel Born)

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Oder nie! – Abg. Anton Baron AfD: Im nächsten Jahrhundert!)

wenn wir weiter an der Regierung beteiligt sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da sind wir einverstanden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, möglicherweise gibt es in wenigen Wochen den ersten Koalitionsvertrag, in dem die CDU auf Länderebene das Eintreten für die Ehe für alle unterzeichnet – und gar nicht mal, weil es ein roter, ein grüner oder ein gelber Koalitionspartner ihr abgerungen haben, sondern weil die CDU in Schleswig-Holstein unter der Leitung des voraussichtlich nächsten Ministerpräsidenten Günther Volz bleiben will und das inzwischen sehr einheitliche Meinungsbild der Bevölkerung – übrigens auch unter den Christinnen und Christen – abbilden will. Ich zitiere Herrn Günther:

Es wäre gut, wenn wir die vollständige rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften, inklusive Adoptionsrecht, in der kommenden Legislaturperiode erreichen würden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich würde mir auch von der CDU Baden-Württemberg, von der Volkspartei CDU Baden-Württemberg, wünschen, dass sie heute diese Möglichkeit bei dieser Beratung nutzt, um klare Signale in diese Richtung zu setzen. Es ist Zeit bei Ihnen für einen Perspektivwechsel.

Ich habe kürzlich eine Einladung zu einer Eheschließung bekommen – also von Menschen, die, im Gegensatz zu mir, die Ehe eingehen dürfen. Auf der Einladung stand: „Liebe wird aus Mut gemacht.“ Das ist eine Zeile aus einem alten Nena-Schlager. Das wissen Heterosexuelle wie LSBTTIQ-Leute. Ja, das stimmt: Liebe wird aus Mut gemacht. Aber gute Politik wird auch aus Mut gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Seien wir heute mutig, und sprechen wir uns als Volksvertreterinnen und Volksvertreter nicht nur außerhalb auf Veranstaltungen, sondern auch hier im Landtag, im Parlament für die Ehe für alle aus – im Sinne der 83 %, im Sinne unserer Verfassung

(Zurufe von der AfD)

und im Sinne dessen, dass es in unserem Land keine Liebe zweiter Klasse gibt. Stimmen Sie für den SPD-Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat grundsätzlich gut, dass wir uns über das wichtige Thema „Ehe für alle“ heute hier im Landtag unterhalten. Denn die Ehe für alle oder – drastischer ausgedrückt – die Aufhebung des Eheverbots für lesbische und schwule Lebenspartnerschaften ist ein ganz wichtiger und entscheidender Schritt zur vollen Gleichstel-

lung und steht für uns Grüne für eine demokratische, moderne und offene Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es nicht um Sonderrechte, sondern es geht um Gerechtigkeit. Eigentlich geht es um die Ergänzung nur eines einzigen Satzes im Bürgerlichen Gesetzbuch. Dieser würde dann lauten: „Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Schon einmal ins Grundgesetz geschaut? – Weitere Zurufe)

Mit dieser Formulierung wäre die rechtliche Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare endlich besiegelt,

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit den anderen 58 Geschlechtern?)

und in Deutschland wäre wie in 14 anderen europäischen Ländern die vollständige Gleichstellung normal. Die Ehe für alle wäre ein starkes Signal für ein weltoffenes Deutschland.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Was hat das mit weltoffen zu tun? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schweickert?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie der Kollege Born gerade schon gesagt hat, befürworten nach den neuesten Umfragen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 83 % der Deutschen die komplette rechtliche Gleichstellung.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Populismus!)

Das zeigt, dass die Gesellschaft hier viel weiter ist als die Politik. Daher begrüße ich die Debatte und das Engagement der SPD-Landtagsfraktion hier sehr.

(Abg. Anton Baron AfD: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst finanziert hast!)

Ich frage mich aber schon, was Sie mit dieser Debatte heute hier erreichen wollen. Bei aller Wichtigkeit des Vorhabens an sich kann ich Ihren Antrag nun beim besten Willen nicht verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Zuerst sagt sie: „Alles ist richtig“! Dann versteht sie es nicht!)

Nicht dass ich das Ziel der Ehe für alle nicht mit aller Kraft fordern möchte, aber ich frage mich einfach, ob Sie nicht wissen, dass die Bundesratsinitiative der Landesregierung von Baden-Württemberg, die dem Bundestag am 10. November 2015 zugegangen ist und ein Jahr später, also im November 2016, an den Rechtsausschuss überwiesen wurde, immer noch im Rechtsausschuss schmort und ihre Behandlung bisher ins-

(Brigitte Lösch)

gesamt 16 Mal vertagt wurde, weil sowohl die CDU als auch die SPD die Gesetzentwürfe zur Eheöffnung blockieren, um damit zu verhindern, dass das Plenum noch vor der Bundestagswahl darüber abstimmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Inkonsequent!)

Es entbehrt doch jeder Sachlichkeit und Seriosität, wenn Sie hier im Landtag eine Abstimmung über etwas herbeiführen wollen, was Sie selbst im Bundestag blockieren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bravo!
– Abg. Anton Baron AfD: Peinlich! Wie kann man so einen Antrag bringen?)

Es entbehrt doch jeder Sachlichkeit und Seriosität, wenn Sie eine neue Bundesratsinitiative von der grün geführten Landesregierung erwarten,

(Abg. Anton Baron AfD: Mir fehlen die Worte!)

obwohl über die vorhergehende noch gar nicht abgestimmt wurde. Was machen Sie hier eigentlich?

(Abg. Anton Baron AfD: Wahlkampf!)

Nebelkerzen werfen, um von Ihrer eigenen Untätigkeit im Bund abzulenken?

Seit 2015 liegen zwei Gesetzentwürfe der Opposition vor und einer vom Bundesrat. Wir brauchen keine neue Gesetzesinitiative. Wir brauchen eine Abstimmung, die Ratifizierung der Gesetze, damit die Ehe für alle endlich kommt.

(Beifall bei den Grünen)

Ich bin der grünen Bundestagsfraktion sehr dankbar, dass sie nun das Bundesverfassungsgericht angerufen hat, um mit einer einstweiligen Anordnung zu erreichen, dass noch in dieser Legislaturperiode über die Ehe für alle abgestimmt werden kann. Wenn wir vom Erfolg dieses Eilantrags ausgehen,

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

dann kann der Bundestag noch am 30. Juni über die Eheöffnung beschließen. Es liegt dann an den Koalitionsfraktionen im Bund, hier für Gerechtigkeit zu sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, anstatt hier im Landtag eine Schaubatte zu initiieren, sollten Sie lieber mit Ihrer Bundestagsfraktion und mit Ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz reden.

(Abg. Sabine Wölffe und Abg. Daniel Born SPD: Er hat sich klar geäußert!)

Er hat dieser Tage in einem Interview gesagt, dass es definitiv keine Ehe für alle vor der nächsten Bundestagswahl geben wird. Das heißt, das Signal müssen Sie an Ihre Bundestagsfraktion, an Ihren Bundestagskandidaten senden – Sie, die SPD, aber nicht wir hier im Landtag.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU – Abg. Daniel Born SPD: Martin Schulz steht für die Ehe für alle! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Einen Grund für Ihren Antrag kann ich also beim besten Willen nicht erkennen. Denn auch die neue Landesregierung setzt ihre Bemühungen zum Abbau von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen und queeren Menschen sowie von Transgendern erfolgreich fort.

(Abg. Anton Baron AfD: Dann sollten Sie alle Geschlechter erwähnen! Das geht so nicht! – Zuruf von der AfD: Bigender! – Weitere Zurufe)

Wenn die SPD-Gleichstellungspolitik nicht nur als reine Wahlkampfpolitik daherkommen will, dann verzichten Sie auf solche Schauanträge und Abstimmungen und setzen sich lieber auf Bundesebene, wo Sie mitregieren, dafür ein, dass Ihre Wahlversprechen auch umgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen von Eyb.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion, den wir heute hier beraten, mag durchaus seine Berechtigung haben, wenn ich auch Wahlkampf durchhöre. Aber er muss dort beraten werden, wo er auch der Zuständigkeit nach hingehört, nämlich im Deutschen Bundestag in Berlin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dieses Thema wird nicht hier in Stuttgart entschieden, weil es auch kein landespolitisches Ziel sein kann. Deshalb finden Sie auch im Koalitionsvertrag darüber nichts: weil es keinen Sinn machen würde. Dennoch möchte ich den Standpunkt der CDU skizzieren.

In den vergangenen Jahren wurde in diesem Punkt sehr viel unternommen, und das ist doch entscheidend. Auch hier in Baden-Württemberg wurde viel für die Gleichstellung getan.

Die CDU bekennt sich klar zum Lebenspartnerschaftsgesetz. Wir haben auch die steuerliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mitgetragen.

Uns ist wichtig, dass beide Formen des Zusammenlebens gleichbehandelt werden. Eine Diskriminierung lehnen wir ab. Die Ehe ist für mich und meine Kolleginnen und Kollegen jedoch der Grundstein der Familie und damit auch die Keimzelle unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Unter dem Begriff der Ehe verstehen wir deshalb eine Verbindung zwischen Frau und Mann oder umgekehrt. Nur das kann unseres Erachtens unter dem Begriff der Ehe subsumiert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Wer sagt das?)

(Arnulf Freiherr von Eyb)

Nein, das bedeutet keine Ausgrenzung von gleichgeschlechtlichen Paaren.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir stehen zur rechtlichen Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft. Allerdings tun wir uns schwer bei der Frage des unbeschränkten Adoptionsrechts von Nichtehelenten – Eheleuten im Sinne von Mann und Frau. Da haben wir einfach unsere Schwierigkeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Es ist nun mal so: Die CDU ist eine Volkspartei. Da kann man nicht erwarten, dass alle bei uns dieselbe Meinung haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bauchgefühl von Frau Merkel? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir wissen zwar, dass das Bundesverfassungsgericht bereits wesentliche Entscheidungen hierzu getroffen hat; es hat u. a. zugelassen, dass das Kind eines Lebenspartners von dem anderen adoptiert wird. Aber das ist eine Sondersituation. Das kann man nicht ohne Weiteres auf alle anderen Situationen übertragen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Ich sage gern dazu: Wir sind uns in unseren Meinungen auch nicht einig. Es ist halt so, dass es in unserer Partei Menschen gibt, die da etwas offener sind, und andere sind nicht so offen. Aber eines ist klar: Der Begriff der Ehe – da sind wir uns einig – ist schlichtweg durch das Institut Mann und Frau bzw. Frau und Mann besetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Da sind Sie sich in der ganzen CDU einig?)

– Nein, Herr Kollege. Wir sind uns da natürlich nicht in der ganzen CDU einig. Das wäre ja auch schlimm. Dann wären wir ja eine Einheitspartei.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Lachen bei der AfD)

In einer Volkspartei mit landesweit entsprechenden Prozentwerten – da brauchen wir nur nach Nordrhein-Westfalen etc. zu schauen – kann es doch nicht sein, dass wir in allen Punkten einig sind. Aber letztendlich entscheidet bei uns – das dürfte bei Ihnen nicht sehr viel anders sein – die Mehrheit. Noch ist es so, dass wir da etwas kritisch sind, wenn auch einige in der Fraktion, zu denen ich mich auch zähle, in dem Punkt, der die Adoptionsmöglichkeiten anbelangt, etwas freier wären. Warum, das kann ich auch argumentativ darstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Wölflé?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Den Gedanken muss er aber noch zu Ende führen!)

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ich bin schon erschrocken und habe gedacht, ich hätte zu lange geredet.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein, nein.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ich habe mir sagen lassen, wenn jemand eine Zwischenfrage stellen möchte, dann heißt das noch nicht, dass man die Zwischenfrage auch zulässt. Deswegen schlage ich vor, ich lehne die Zwischenfrage in diesem Fall ab, weil ich hier nicht durch die Zwischenfrage aus dem Konzept kommen möchte.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir können die Frage nachher gern behandeln.

Wenn ich auf die Uhr schaue und einigermmaßen pünktlich zu Ende kommen will und auch dem Präsidenten gefallen möchte, indem ich mich an die Redezeit halte – ich habe noch 31 Sekunden Redezeit –, dann gestatten Sie mir den Hinweis: Das ist doch alles ein gesellschaftlicher Prozess, und wir sollten gesellschaftliche Prozesse abwarten und nicht unbedingt par ordre du mufti per Abstimmung in einem Parlament entscheiden. Deswegen lassen Sie uns den politischen Diskurs abwarten.

Aber ich sage Ihnen: Es gibt bei uns durchaus Stimmen, die da sehr viel offener sind, und andere sind noch nicht so offen. Warten wir ab, wie es weitergeht. Auf jeden Fall danke ich Ihnen.

Ich habe mich an die Zeit gehalten. Ich habe noch fünf Sekunden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Wölle.

Abg. Carola Wölle AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen!

(Zuruf: Ach, nur die Kollegen!)

Herr Born, ich finde es schon sehr interessant: 83 % sind Ihrer Meinung nach für die Ehe für alle. Es ist klar: Wenn Sie die Frösche fragen, ob sie den Teich, der da von uns gelöscht werden soll, brauchen, dann ist es ja klar, dass die sagen: „Wir brauchen den Teich.“ Es kommt immer darauf an, wo Sie die Frage stellen.

(Abg. Daniel Born SPD: Bezeichnen Sie gerade die Bevölkerung als Frösche? Haben Sie gerade die Bevölkerung als Frösche bezeichnet? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Herr Born, spielen Sie sich nicht so auf!)

Die christliche Kirche ist überzeugt, dass die Liebe zwischen Mann und Frau das Abbild der Liebe Gottes zu uns Menschen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Carola Wolle)

Die Hochzeit ist das Fest für diese menschliche Verbindung. Nach der Ansicht mancher Teile unserer Gesellschaft sollen religiöse Vorstellungen keinerlei Relevanz für die Gesetze unseres Staates haben. Jedoch vergessen diese, dass unser Staat selbst aus diesem christlich-abendländischen Wertekanon entstanden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Unser gesellschaftliches Handeln orientiert sich an diesen Wurzeln und findet durch den Schutz der Menschenwürde und auch der Menschenrechte in Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes einen besonders starken Ausdruck.

Die Eltern unseres Grundgesetzes stellten in Artikel 6 Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Denn die Ehe und die Familie garantieren unabhängig jeglicher Religion als Keimzelle der Gesellschaft den Erhalt der Gesellschaft selbst. Natürlich gingen die Eltern unseres Grundgesetzes wie auch die AfD – und auch Sie, habe ich den Eindruck – davon aus, dass jede Ehe als Vorstufe der Familiengründung nur zwischen einem Mann und einer Frau geschlossen werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Denn nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau können Kinder empfangen und geboren werden. Wie Sie an der aktuellen demografischen Entwicklung ablesen können, wird nur durch die Geburt von Kindern die Existenz des Staates und der Gesellschaft garantiert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Wölflé?

Abg. Carola Wolle AfD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Carola Wolle AfD: Die Gesellschaft hat sich in den knapp 70 Jahren seit der Verabschiedung des Grundgesetzes deutlich verändert. Gleichgeschlechtliche Paare können inzwischen sogar in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Die Gesellschaft ist diesbezüglich offener geworden. Inzwischen wird sogar der Ruf nach der Ehe für alle immer lauter. Manche stellen sogar die Frage, ob es nicht einer Neubewertung der Begriffe Ehe und Familie bedürfe und ob die Ehe für alle nicht inzwischen zeitgemäß sei.

Doch das, sehr verehrte Damen und Herren, würde die Ehe, welche explizit der Verbindung zwischen Mann und Frau vorbehalten ist

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo steht das?)

und unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo steht denn das?)

zu einem beliebigen Konstrukt machen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Antrag der SPD-Fraktion, der sich klar für die Ehe für alle ausspricht, argumentiert mit Artikel 2 des Grundgesetzes, wonach jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat, und folgert, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, den Menschen ihre persönliche Lebensführung vorzuschreiben. Doch werden Homosexuelle durch den im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz von Ehe und Familie, wie hier in Ihrem Antrag angedeutet, wirklich benachteiligt oder gar diskriminiert? Mitnichten. Denn der besondere Schutz der Ehe und der Familie schränkt niemanden bei seiner persönlichen Entfaltung und seiner persönlichen Lebensführung ein.

(Beifall bei der AfD)

Jedem wird in unserer Gesellschaft mit Respekt und Würde begegnet. Jeder kann sein Leben frei gestalten, wie er es möchte. Dies wird unabhängig vom Schutz der Familie und der Ehe von unserem Staat gewährleistet.

Liebe doch, wen du willst. Liebe kennt kein Geschlecht. Doch mit denselben Argumenten könnte man zukünftig sagen – das ist z. B. für Teile der hier lebenden Muslime gängige Praxis –: Liebe kennt kein Alter, Liebe kennt keine Zahl, und Liebe kennt keine Verwandtschaft. Halten dann bei uns Kinderehen, Polygamie oder gar Geschwisterehen Einzug?

(Unruhe)

Wir sind uns doch in diesem Haus einig, wie ich merke, dass das nicht gewollt sein kann.

Nach Meinung der AfD muss die Ehe zwischen Mann und Frau jedoch auch wahrnehmbar und gesetzlich garantiert die Keimzelle unserer Gesellschaft bleiben und besonders geschützt werden.

(Beifall bei der AfD)

Denn nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau können Kinder empfangen und geboren werden. Kein Genderideologe kann die Biologie hier auf den Kopf stellen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt lassen wir wieder etwas Ruhe einkehren.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber das ist echt schwer!)

Und die Kollegin kommt allmählich zum Ende.

Abg. Carola Wolle AfD: Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich dem Kollegen Keck das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Die FDP ist aber zwiegespalten!)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 40 Jahren konnte sich niemand vorstellen, dass der kalte Krieg ein friedliches Ende nimmt. Vor 40 Jahren konnte sich auch niemand vorstellen, dass ein Papst oder Bundespräsidenten einfach zurücktreten.

(Jürgen Keck)

Vor 40 Jahren konnte sich niemand vorstellen, dass der Bundeskanzler eine Bundeskanzlerin ist oder ein Grüner Ministerpräsident von Baden-Württemberg ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da gab es die noch gar nicht!)

Die Welt ändert sich, und wir ändern uns mit ihr. 1969 und 1973 kam es in der Bundesrepublik zu Reformen am berichtigten § 175 des Strafgesetzbuchs, der homosexuelle Handlungen unter Strafe stellte. Es sollte dann noch bis 1994 dauern, bis die letzten Reste dieses Paragraphen aus den Strafgesetzbüchern in Deutschland verschwanden.

Wir Liberalen wissen, dass Menschen unterschiedliche Entwürfe für ihr Leben haben. Solange sie niemanden schädigen, setzen wir uns dafür ein, dass diese in einer offenen Gesellschaft auch gelebt werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Raimund Haser CDU)

Dazu zählt auch die Frage, wer wen als Partnerin oder Partner wählt, und zwar unabhängig vom Grund dieser Partnerschaft. Es kann und darf nicht Aufgabe des Staates sein, Liebe zu bewerten und zu beurteilen.

(Abg. Anton Baron AfD: Selbstverständlich!)

Es kann und sollte Aufgabe des Staates und des Zusammenlebens sein, gegenseitige Verantwortung zu fördern. Daher ist auch die eingetragene Lebenspartnerschaft eine Bereicherung für unsere offene Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Staat muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Verantwortungsgemeinschaften funktionieren können. Die FDP/DVP setzt sich für die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ein. Wir haben als Koalitionspartner mit der CDU im Bund in der vorigen Legislaturperiode diese Lebenspartnerschaften bei der Erbschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer und dem BAföG, dem Beamten-, Richter- und Soldatenrecht mit der Ehe gleichgestellt. Mit der Magnus-Hirschfeld-Stiftung haben wir eine Institution ins Leben gerufen, die durch Bildung und Forschung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Transgendern entgegenwirkt. Das Verfassungsgericht hat dabei geholfen, Vorbehalte in der Gesellschaft und in Teilen der Union bei den Entscheidungen zur Hinterbliebenenversorgung, zum Beamtenrecht, zum Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften zu überwinden.

Hier in Baden-Württemberg sind die Grünen der größere Koalitionspartner. Sie stellen den Ministerpräsidenten. Wie sieht es im Koalitionsvertrag aus? Die Aussagen zu gleichgeschlechtlichen Lebensentwürfen wurden auf den Verlegenheitsplatz zwischen Diskriminierung und ärztlicher Versorgung verwiesen.

Das Wort „gleichgeschlechtlich“ taucht nirgendwo auf. Die Abkürzung LSBTTIQ ist nirgendwo zu finden – von „schwul“ und „lesbisch“ ganz zu schweigen. Nach dem Koalitionsvertrag wollen Sie mehr für die Akzeptanz von Windrädern tun als für die Akzeptanz von Schwulen und Lesben. Ist Ihnen das

Thema peinlich? Sieht es so aus, wenn die Grünen der dominierende Koalitionspartner sind?

Der grüne Parteivorsitzende Cem Özdemir hat bereits angekündigt, dass die Grünen als Koalitionspartner auf Bundesebene nur mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zur Verfügung stehen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die FDP auch! Herr Lindner! – Zuruf: Die SPD auch!)

Wer soll das glauben? Gut, dass die SPD mit diesem Antrag der Landesregierung Beine macht. Den gleichen Mut wünschen wir uns bei der SPD gegenüber der Bundesregierung. Das ist heute bereits angeklungen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Genau!)

Da wäre manches möglich gewesen – auch mit der CDU. Leider sind die Sozialdemokraten da nicht besonders weitergekommen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die FDP aber auch nicht! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der nächste konsequente Schritt wäre in der Tat die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche – ich betone: gleichgeschlechtliche – Paare.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir sind aber schon weitergekommen. Vorhin habe ich die Schritte aufgezählt. Die FDP ist in ihrer politischen Grundhaltung stets vorangeschritten, wenn es um ein modernes

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Familienbild und gleichberechtigte Formen des Zusammenlebens geht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Vor allem, als Sie hier in der Landesregierung waren!)

Wir wollen auch künftig voranschreiten und die vollständige Gleichstellung herstellen. Regenbogenfamilien gehören endlich auf eine sichere und umfassende rechtliche Grundlage gestellt.

(Zuruf von der AfD)

Dieser Schritt ist konsequent im Hinblick auf den Weg, den wir bisher gegangen sind. Von dem bekannten Liedermacher Wolf Biermann stammt der Satz: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“

Das stimmt. Die Welt ändert sich, die Gesellschaft ändert sich, und die Politik hat den Auftrag, diese Änderungen mit Prinzipien, aber auch mit einer offenen Haltung zu begleiten.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Was jetzt?)

Wenn wir in Deutschland heute den Schritt der Öffnung der Ehe, der gleichgeschlechtlichen Ehe – ich betone nochmals:

(Jürgen Keck)

der gleichgeschlechtlichen Ehe –, machen, dann wird in 40 Jahren hier wieder eine Rednerin oder ein Redner der FDP/DVP-Fraktion stehen und die Rede mit den Worten beginnen: „Vor 40 Jahren wurde hier über die Frage diskutiert, ob Ehe- und Familienglück an der Geschlechterfrage hängen.“

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann zitiert er Sie aus dem Protokoll! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die fünf Minuten müssen doch schon ewig um sein! – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Die allermeisten Abgeordneten werden sich darüber freuen, dass es dann keine Frage mehr ist, sondern schon lange eine Antwort darauf gefunden wurde. An dieser Stelle darf ich sagen, dass der Antrag zwar gut gemeint war, aber für uns nicht zielführend formuliert wurde.

(Zuruf: Sondern?)

Wir setzen uns für eine Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ein, aber, wie hier auch bereits angeklungen ist, nicht für die Ehe für alle. Das kann es nicht sein.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber die FDP ist doch dafür! – Abg. Daniel Born SPD: Steht in Ihrem Programm!)

Deswegen werden wir diesem Antrag leider nicht zustimmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Hans Peter Stauch AfD und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner, vor allem Frau Lösch, aber auch der Kollege von der CDU, haben gesagt: „Bundespolitisch ist alles eingetütet.“ Baden-Württemberg ist seiner Verpflichtung nachgekommen, ist im Bundesrat aktiv geworden. Die Entscheidung liegt beim Bund. Deswegen brauchen wir das auch nicht weiter zu kommentieren.

Aber eines möchte ich an dieser Stelle schon sagen: Es ist diese gemeinsame Koalition, die in dieser Periode die Antidiskriminierungsarbeit weiter voranbringt. Wir haben im Bundesrat gemeinsam dafür gesorgt, dass die Entschädigung der Opfer des § 175 StGB stattfinden kann. Das war die grün-schwarze Regierung, die das eingebracht hat. Herr Born müsste es vom letzten Beirat „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ wissen, mit welcher Intensität wir an diesem Themenkollektiv arbeiten. Showanträge, die Sie jetzt machen, bringen uns nicht weiter. Wir haben einen klaren Kompass, der heißt: Antidiskriminierung.

Die Bundespolitik – Sie stellen meines Wissens auch den Justizminister im Bund – ist am Zug und muss dies leisten. Wir, das Land, machen unsere Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Frau Kollegin Martin.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Darf die CDU jetzt zweimal reden, oder was? – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Was, zweimal? Wieso zweimal?)

Abg. Claudia Martin (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte AfDler! Wenn ich mir die Reden der AfD hier anhöre, fällt mir immer wieder der Begriff des Angstbürgers ein.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ob muslimische Einwanderer, Gelder für jüdische Gedenkstätten oder Homosexuelle: Die Fraktion weiß genau, was sie fürchtet und was ihr Angst macht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie machen ihr Angst! Denn die sind fast alle vor Ihnen abgehauen!)

Um das Ganze zu untermauern, wird in letzter Zeit ganz häufig Gott bemüht.

Doch das eigentlich Traurige hier und heute ist ausnahmsweise einmal nicht die AfD, sondern die Tatsache, dass wir im Jahr 2017 immer noch über das jetzt aufgerufene Thema reden müssen. Denn – wie schon so oft angesprochen –: 83 % der Bevölkerung sind klar für die Gleichstellung der Ehe Homosexueller. Selbst Angela Merkel hat, als sie Stefan Kaufmann gratulierte, von „Hochzeit“ gesprochen, und auch bei Guido Westerwelles Beerdigung sprach sie von dessen „Ehemann“.

Mehr als drei Viertel sprechen sich sogar ausdrücklich dafür aus, Kinder adoptieren zu dürfen. Vielleicht sollten wir endlich einmal den angelegten Blickwinkel ändern und nicht darauf schauen,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

was für uns, so wie wir hier sitzen, das Beste ist, sondern wir sollten das Beste für die Kinder wollen. Denn für Kinder gibt es nicht homosexuelle oder heterosexuelle Eltern, sondern nur gute oder schlechte Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Richtig: Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Genau deshalb erübrigen sich hier jedes gesellschaftliche Experiment und jegliche Form von Kindeswohlgefährdung. Aber diesen Punkt hat die Politik in den vergangenen Jahren auch oft genug aus den Augen verloren. Denn in meinen Augen ist der massive Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und damit eine lange Zeit am Tag, in der die Kleinsten fremdbetreut werden, das viel größere Gesellschaftsexperiment. Es wird Zeit, unter den hier geschaffenen Faktoren das Verständnis von Ehe und Familie noch einmal neu zu überdenken. Das Volk hat doch schon längst entschieden. Also sollte man dies mit in die politischen Entscheidungen einbeziehen, vor allem wenn man sich als Volkspartei sieht.

(Abg. Udo Stein AfD: Hat sich das Programm seither geändert?)

(Claudia Martin)

Den Menschen, die sich noch immer an ein veraltetes und geschlossenes Weltbild klammern, kann ich nur sagen: Seid doch wenigstens in diesem Punkt einfach konsequent und fordert eure Spitzenkandidatin auf, ihre Kinder zur Adoption freizugeben,

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

damit sie nicht bei Homosexuellen aufwachsen müssen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich nochmals dem Kollegen Born das Wort.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt vonseiten des Ministers, vonseiten der geschätzten Kollegin der Grünen von Show, von Schau gesprochen worden. Manchmal geht es aber auch um die Sichtbarkeit, manchmal geht es auch darum, deutlich zu machen, wofür man eintritt. Solange wir die Volksvertretung eines Bundeslands sind, in dem weiter Menschen diskriminiert werden, weil es nicht die Ehe für alle gibt, haben wir, der Landtag, auch das Recht, Verantwortung zu übernehmen und mit einer Abstimmung deutlich zu machen, dass wir das politische Ziel der Ehe für alle vertreten. Darum geht es in unserem Antrag.

Wenn die CDU Sie, Herr Kollege von Eyb, zu diesem Thema sprechen lässt, ist das das Recht der CDU. Aber ich darf einmal aus einem Flugblatt von Ihnen aus dem Jahr 2015 zitieren. So viel übrigens, Frau Kollegin, zu der Frage: Gibt es landespolitische Themen? Natürlich gibt es die. Wir hatten sie z. B. mit Ihnen, wenn es darum ging, mehr Akzeptanz, mehr Toleranz zu schaffen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir haben eine gemeinsame Bundesratsinitiative gemacht!)

Herr von Eyb schreibt in seinem Flugblatt:

Die Pläne der grün-roten Regierung zielen auf Abschaffung der Ehe und der Familie. Wir unterstützen daher auch die Initiative Familienschutz.

Ich nehme an, mit „wir“ meint er seine CDU. Und die Initiative Familienschutz, das ist eine ganz konservative Runde, die geleitet wird von Menschen, die der AfD und der CDU angehören. Die Gründerin hat die Auszeichnung „Miss Homophobie 2015“ erhalten. Frau Lösch, Sie haben schon Gesprächsbedarf, auch landespolitisch.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie haben zu diesen Themen Gesprächsbedarf in Ihrer Koalition. Wir wissen das, weil wir mit der gleichen Partei auch Gesprächsbedarf haben. Aber dann können Sie sich nicht einfach wegducken und jetzt sagen, Sie hätten damit nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen Sie, wie das unsere Redner und Rednerinnen im Bundestag machen, auch einmal mit der Faust auf den Tisch hauen und dürfen hier nicht breites Verständnis dafür haben, dass bei der CDU kein Perspektivwechsel erfolgt und sie weiter an einem Familien- und Weltbild aus anderen Zeiten festhält.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt setzen Sie sich doch einmal in Berlin durch, bevor Sie hier große Sprüche loslassen! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Darum geht es in unserem Antrag. Deshalb noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie zu!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: So, lieber Kollege, jetzt waren Sie aber richtig in Fahrt.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/890. Bei dem Antrag handelt es sich um einen Beschlussantrag, der sich an den Landtag richtet, und es ist Abstimmung gewünscht.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/890, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ihr seid gemein! – Abg. Winfried Mack CDU: Mit großer Mehrheit!)

und Punkt 4 der Tagesordnung somit erledigt.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung! Bevor wir die Sitzung beenden, darf ich darauf aufmerksam machen, dass wir heute den Landesverband Erwerbsobstbau Baden-Württemberg e. V. begrüßen dürfen, der sich bei uns im Foyer vorstellen wird. Wir erhalten dabei auch die Möglichkeit, eine Auswahl von saisonalen bzw. regionalen Erdbeeren und Beerenfrüchten zu verkosten. Gern bieten wir den Organisatoren die Gelegenheit, sich mit uns bei einem Imbiss an den Infoständen auszutauschen. Ich würde mich freuen, wenn sich möglichst viele von Ihnen diesem wichtigen Thema widmen würden, und darf Sie herzlich zu diesem Termin einladen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet am 21. Juni 2017 um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 11:37 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	Dr. Meuthen	Sänze
stellvertretendes Mitglied	Sänze	Dr. Meuthen

23.05.2017

Dr. Meuthen und Fraktion